

Arbeit & Wirtschaft

Democracy works!

Das Hohe Haus ist frisch renoviert, die Arbeiten an Österreichs Demokratie hingegen müssen ständig weitergehen. Dafür setzen wir jetzt aufbauende Zeichen.

Tägliche Pflicht / 18

Heinz Fischer:
Demokratie verteidigen

Ständige Aufgabe / 32

Qualitätsjournalismus
schützt die Demokratie

#10



EVA WINTERER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Renate Anderl, Christian Domke Seidel, Alexander Foggensteiner, Theresa Hager, Walter Hämmerle, Thomas Jarmer, Wolfgang Katzian, Simon Krackowizer, Eike-Clemens Kullmann, Miriam Mone, Stephan Pühringer, Melanie Stranski, Alexia Weiss, Florian Wenninger, Eva Winterer, Markus Zahradnik, Martina Zandonella

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22,
 und Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudorf, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudorf**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen

In der Reportage ab **Seite 26** führt uns **Alexander Foggensteiner** in das renovierte, von Grund auf sanierte und modernisierte Hohe Haus an der Wiener Ringstraße. Er stellt dabei die Frage, wie tief eine Sanierung der österreichischen Demokratie gehen muss.



Eine Lehrstunde in Verfassungsgeschichte, Politik und Demokratie erhielten unser Fotograf **Markus Zahradnik** und unsere Autorin **Eva Winterer** beim Interview mit Altbundespräsident Heinz Fischer im Ban-Kimoon-Centre in Wien – zu lesen ab **Seite 18**.

Demokratie ist nicht selbstverständlich



EVA WINTERER
CHEFREDAKTION

Politische Zeiten wie diese sind wie das Leben selbst: mit Höhen und Tiefen, mit der Wärme der Zuneigung und der Kälte der Verletzung, mit Freude und Tränen, mit Hoffnung und Verzweiflung. Wir erfahren, dass dies nicht nur für Einzelschicksale gilt, sondern ganze Gesellschaften erfassen kann. Nach einer langen Phase des Wohlstands und des Friedens erleben wir, dass die mehrfachen Krisen an den Grundfesten unserer Staats- und Lebensform rütteln. Doch was sind die Ursachen dafür?

„So sind wir nicht“ ist ein bekannter Satz des kürzlich wiedergewählten Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen, den wir für ein Interview in dieser Ausgabe anfragten, das aber aus terminlichen Gründen nicht zustande kam. Aber wie sind wir dann? Denn wie die Ergebnisse des Demokratiemonitors des SORA Instituts zeigen, befindet sich das Vertrauen in die Repräsentant:innen der Demokratie gerade auf Talfahrt. Grund dafür sind Erschütterungen durch die Veröffentlichung von Chats, die ein sehr spezielles Verständnis von Politik und der Rolle von einzelnen Repräsentant:innen nahelegen und bei den Wähler:innen das Gefühl hinterlassen haben, dass ihre Bedürfnisse für das politische Handeln keine Priorität haben.

Um ein Zeichen für Demokratie, Meinungsbildung und Medienfreiheit in unserem Land zu setzen, haben wir die Ausgabe anders gestaltet als gewohnt. Gemeinsam mit Expert:innen analysieren wir, weshalb es ohne Meinungsbildung keine Demokratie und ohne freie Medien keine demokratische Meinungsbildung gibt. Dazu ein Dankeschön für ihre Beiträge an Renate Anderl, Walter Hämmerle, Theresa Hager und Stefan Pühringer, Wolfgang Katzian, Eike-Clemens Kullmann, Florian Wenninger und Martina Zandonella. Für die Reportage haben wir erste Blicke in das renovierte Parlament geworfen und Interviews mit den Nationalratspräsident:innen Wolfgang Sobotka und Doris Bures geführt, Norbert Hofer war ebenfalls angefragt.

Diese Ausgabe ist Schlusspunkt des Jahr 2022 und Auftakt für das kommende Jahr – ein Jahr, in dem die Arbeit&Wirtschaft 100 Jahre alt wird. Es waren 100 Jahre, die von einem Wechsel zwischen Demokratie und Diktatur, von Wirtschaftskrise zu Wohlstand gekennzeichnet waren. In diesem Sinne möchte ich mit den Worten meines Interviewgasts, Altbundespräsident Heinz Fischer, enden: „Demokratie als etwas Selbstverständliches zu betrachten ist problematisch und sogar gefährlich.“ ■

Inhalt

VERTRAUEN VERSPIELT

16 Ein demokratiepolitischer Auffahrunfall: Die Krisen der vergangenen Jahre haben tiefe Schrammen am Vertrauen in die Demokratie hinterlassen. Was ist passiert, und wie kommen wir da wieder raus? Eine Reparaturanleitung von Martina Zandonella.

SCHLECHTE NACHRICHTEN

32 Rufschädigende Chats, Kostenexplosionen und eine Bundesregierung, die die älteste Tageszeitung der Welt beerdigt: Österreichs Qualitätsjournalismus steckt in einer existenzbedrohenden Krise, so Eike-Clemens Kullmann, Vorsitzender der Journalist:innengewerkschaft.

ICH MEINE, ALSO BIN ICH

36 Denkwürdig: Walter Hämmerle, Chefredakteur der „Wiener Zeitung“, über das Recht auf eine eigene Meinung und andere Notwendigkeiten in einer zusehends unübersichtlichen Welt.

Frustwarnung für das Bundesgebiet	6
Demokratie, quo vadis: Was ist los im Staate Österreich?	
Eine Vertrauensfrage	10
Demokratie und Fake News – eine Verteidigungsstrategie	
Die Menschen mitnehmen	11
AK-Präsidentin Renate Anderl über den Status der Demokratie	
Demokratie-Booster	12
Mitbestimmung stärkt das demokratische Immunsystem	
Die Demokratie täglich verteidigen	18
Altbundespräsident Heinz Fischer im Interview	
Wie geht's, altes Haus?	26
Reportage aus dem revitalisierten Parlament	
Vertrauen durch Transparenz	30
Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka über politisches Vertrauen	
Mit Respekt und auf Augenhöhe	31
Nationalratspräsidentin Doris Bures mahnt Regierung	
Reich wählt, arm fehlt – Demokratie am Kippen	39
Ein Beitrag aus dem A&W-Blog	
Im Netz der Einfluss-Reichen	40
Wie neoliberale Thinktanks die Meinungsbildung gefährden	
Masse ist Pressemacht	42
Unübersichtlich, komplex, selten qualitätsorientiert: die österreichische Medienförderung	
Anatomie eines Coups	44
Der Staatsstreich 1933/34	
Demokratie braucht freie Gewerkschaften	46
Das letzte Wort hat ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian	



Wissen mit Mehrwert: Anti-Teuerung

Die Teuerung belastet aktuell viele Haushalte in Österreich und mittlerweile nicht mehr nur jene, die ohnehin von Armut bedroht sind. Wichtig bei steigenden Preisen ist, dass der Alltag der Menschen finanzierbar bleibt, insbesondere wenn es um Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Wohnraum, Energie oder Mobilität geht. Und es ist die Aufgabe des Staates, für Preisstabilität zu sorgen. Das Thema Inflation wird uns noch eine Weile stark beschäftigen. Daher setzt A&W einen Online-Schwerpunkt in der Rubrik „Anti-Teuerung“ – gebündelt und aktuell. [arbeit-wirtschaft.at/inflation](https://www.arbeit-wirtschaft.at/inflation)



Du bist für einen Perspektivenwechsel bereit?
Dann folge uns auf Facebook, Instagram, Twitter oder abonniere
unseren wöchentlichen Newsletter:

www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

Frustwarnung für das Bundesgebiet

Das böse Wort Bananenrepublik war zuletzt in aller Munde, von politischer Unredlichkeit und einem zutiefst korrupten System ganz zu schweigen. Was ist da los? Ist unsere Demokratie noch zu retten?

TEXT MELANIE STRANSKI & SIMON KRACKOWIZER



Die Lage ist durchwachsen: „Grundsätzlich als System überzeugt die Demokratie schon noch, doch so, wie wir sie in Österreich zurzeit erleben, wird es schwieriger. Es herrscht eine Vertrauenskrise“, sagt Martina Zandonella vom Wiener SORA Institut.

Mit dieser Einschätzung ist die Meinungsforscherin in guter Gesellschaft: Im Democracy Report 2022 des angesehenen Varieties of Democracies Institute (V-Dem Institute) der dänischen Universität Göteborg wurde Österreich neben Ghana, Portugal sowie Trinidad und Tobago von einer „liberalen Demokratie“, dem höchsten demokratischen Ideal, zu einer „Wahldemokratie“ herabgestuft. Österreich liegt somit nur noch auf der zweiten Stufe des vierstufigen Demokratieindex.

Das bedeutet in der Praxis, dass die Bevölkerung bei Wahlen zwar ihre Stimmen frei abgeben kann, aber abgesehen davon gibt es Korruption und Intransparenz. Die Argumentation des dänischen Instituts in dem 60 Seiten starken Bericht: „Für Österreich ist ein deutlicher Rückgang bei dem Indikator für transparente Gesetze und vorhersehbare Durchsetzung eine entscheidende Veränderung, die dazu beigetragen hat, dass Österreich die Kriterien für eine liberale Demokratie verfehlt hat.“

Die mangelnde Transparenz sei laut Nachrichtenmagazin profil „bekanntlich ein idealer Nährboden für Korruption“. Auslöser waren die ÖVP-Inseratenaffäre und die versuchte Einflussnahme auf die Justiz. Eine sichtbare Folge davon: der ÖVP-Korruptionsuntersuchungsausschuss und die vielen Anklagen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen einen türkisen Bundeskanzler, zahlreiche Minister, einen ehemaligen Generalsekretär im Finanzministerium und viele weitere.

Der Demokratie-Report beruht auf der Bewertung von 3.700 Expert:innen. Sie beurteilen den demokratischen Status von mehr als 180 Staaten. 34 werden von ihnen als „liberale Demokratien“ eingestuft. Spitzenreiter sind die skandinavischen Staaten Schweden, Dänemark und Norwegen. Weiters in dieser Gruppe sind Staaten wie Deutschland, Frankreich, Kanada, Neuseeland oder Taiwan. Neu in der Spitzengruppe sind Barbados, Bhutan und die Seychellen.

Glaube an Demokratie leidet

Dementsprechend ist das Vertrauen in die Demokratie in Österreich auf Talfahrt. Zu diesem Ergebnis kommt das Meinungsforschungsinstitut SORA in seinem jährlich erhobenen Demokratie-monitor. Dachten noch vor fünf Jahren zwei Drittel aller Menschen hierzulande, dass das politische System Österreichs gut funktioniert, so ist es mittlerweile nur noch ein Drittel.

Jene, deren ökonomische Lage sich im unteren Drittel befindet, haben besonders wenig Vertrauen in die bestehenden Institutionen und sehen sich kaum repräsentiert. Das ist seit 2018 konstant. Ein Trend der vergangenen paar Jahre ist, dass sich nun auch in der

Mittelschicht die Zufriedenheit halbiert hat. Waren 2018 noch 66 Prozent davon überzeugt, dass das politische System gut funktioniert, ist es derzeit nur noch ein gutes Drittel (34 Prozent). Dieser Demokratiefrust hat die Mitte erreicht.

Und da beginnen die Alarmglocken zu läuten. Woran krankt es tatsächlich? Ist da vielleicht gar zu wenig Demokratie in Österreich? Das Parlamentsgebäude an der Wiener Ringstraße wurde saniert und wird nun wieder bezogen. Doch noch lange sind nicht alle großen Demokratiebaustellen geschlossen.

Wählen wie in der Antike

Es zeigen sich in Österreich mitunter Parallelen zur Urform der Demokratie im antiken Griechenland, wo nicht alle die gleichen Rechte hatten und große Gruppen der Bevölkerung von Mitbestimmung ausgeschlossen waren. Das war im 5. Jahrhundert vor Christus.

Im Jahr 2022 sind in Österreich 1,4 Millionen Menschen von Wahlen ausgeschlossen, weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Viele von ihnen leben seit Jahren im Land und arbeiten hart. Doch wer als Kassierer:in, als Zusteller:in oder Reinigungskraft arbeitet, hat kaum eine Chance auf die Staatsbürgerschaft – dafür sorgen finanzielle Hürden, die das Gesetz vorschreibt. 18 Prozent der in Österreich lebenden Menschen im Wahlalter sind dadurch nicht wahlberechtigt, auch wenn sie hier arbeiten und Steuern zahlen. In Wien sind es gar 32 Prozent der Bevölkerung, und in der Arbeiter:innenschicht spitzt es sich noch einmal zu: Da sind es an die 60 Prozent. In Wien darf also der Großteil der Arbeiter:innen nicht wählen.

Unterrepräsentiert

Die parlamentarische Repräsentation nach Anzahl der Staatsbürger:innen je Bundesland, wie sie in Österreich praktiziert wird, hinterfragt die Wiener Demokratieforscherin Tamara Ehs, die in

Nicht wahlberechtigt

Quelle: wien.gv.at, Wiener Bevölkerung 2022:

Daten und Fakten zu Migration und Integration





„Medien gelten als die vierte Gewalt und haben große Bedeutung für die Demokratie, weil sie die öffentliche Meinung beeinflussen“, appelliert Jörg Matthes, Professor am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft in Wien, an die Verantwortung der Zunft.

Frankfurt lehrt. Im Interview mit der „Wiener Zeitung“ sagt sie etwa, dass „Wien im Nationalrat unterrepräsentiert ist. Die 183 Mandate werden nach der Staatsbürgerzahl, nicht nach Wahlberechtigten oder Einwohnerzahl auf die Bundesländer verteilt. Wien ist das bevölkerungsreichste Bundesland, dennoch verfügt Niederösterreich über mehr Sitze im Nationalrat.“ Wien kann maximal 33 Sitze erreichen, Niederösterreich 37. Würden Mandate nach der Bevölkerungszahl berechnet, kehrte sich dies um.

Und Ehs weiter: „Wenn man sich nun ansieht, dass Städter auch anders wählen, unter anderem liberaler und mehr sozialdemokratisch, hätten wir wohl andere Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat. Das muss man realpolitisch bedenken, wenn sich gerade die SPÖ Wien dafür starkmacht, den Zugang zur Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Und man weiß auch, warum andere Parteien dagegen sind.“

Hürdenreiches Österreich

Die Staatsbürgerschaft in Österreich wird von den Eltern auf die Kinder übertragen. Der Grund dafür liegt in Österreichs Abstammungsprinzip. Selbst wer hier geboren ist und hier aufwächst, ist nur dann Staatsbürger:in, wenn es zumindest auch ein Elternteil ist. Sind aber beide Eltern zugewandert – auch wenn das vor vielen Jahren passiert ist – und sind sie selbst keine österreichischen Staatsbürger:innen, dann wird dies auch auf das hier geborene Kind übertragen. Solche Kinder bleiben Ausländer:innen. Das klingt antiquiert – und das ist es auch. Dass es auch anders geht, machen viele EU-Länder vor: Sind etwa ausländische Eltern seit mehr als acht Jahren rechtmäßig in Deutschland, erhält das Kind dort bei der Geburt automatisch die Staatsbürgerschaft. In Ländern wie Portugal, Belgien und Irland gilt dasselbe, teilweise sogar mit kürzeren Fristen.

Was noch erschwerend hinzukommt: Wer die österreichische Staatsbürgerschaft erhält und wer nicht, entscheidet der Kontostand. Denn Antragsteller:innen müssen einen „gesicherten Lebensunterhalt“ nachweisen. Für Einzelpersonen gilt dabei eine Untergrenze von 1.030 Euro, die pro Monat frei zur Verfügung stehen müssen. Für eine Familie mit zwei Kindern sind es 1.943 Euro. Dieses Geld muss übrigbleiben, nachdem Miete, Strom, Gas, Leasing-Raten, Unterhaltsleistungen und Kreditraten bezahlt wurden. Das macht die Staatsbürgerschaft nur für Menschen in sehr gut bezahlten Berufen möglich.

Das heißt, der österreichische Gesetzgeber macht einen Klassenunterschied zwischen Top-Verdiener:innen und den hart arbeitenden Menschen mit geringem Einkommen. Die einen erhalten die Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht, die anderen bleiben Ausländer:innen. Fazit: dringender Reformbedarf.

Durch diese und weitere Einschränkungen beim Wahlrecht werden auch „Wahlergebnisse im Sinn der politischen Wünsche verzerrt“, wie Tamara Ehs es in der „Wiener Zeitung“ formuliert hat. Beispiel Vermögensteuern: „Alle Umfragen deuten auf eine klare Mehrheit für Vermögensteuern für besonders Reiche.“ Politisch sei das aber nicht umzusetzen. „Denn was Wahlrecht und Wahlbeteiligung betrifft, sind Junge, Arme und Städter unterrepräsentiert. Mit der Repräsentation schwindet auch die Responsivität, also auf welche Anliegen die Politik Antworten liefert“, so Tamara Ehs.

Reformunwillig aus Tradition

Österreich ist eines der letzten Länder Europas, in denen das Amtsgeheimnis noch in der Verfassung verankert ist. Es stammt aus dem Jahr 1925 und sorgt bis heute für Intransparenz. Viele Staaten haben bereits ein Informationsfreiheitsgesetz. Und wenn es in den



Annie Waldherr ist Professorin für Computational Communication Science am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Sie geht Fake News auf den Grund und erforscht digitalisierte Öffentlichkeiten und computergestützte Methoden.

anderen Ländern funktioniert, warum sollte es in Österreich nicht auch funktionieren? Es ist höchste Zeit, ein modernes, transparentes System zu schaffen. Aber das geplante Informationsfreiheitsgesetz wird innerhalb der ÖVP blockiert.

*„Es herrscht
eine Vertrauenskrise.“*

Martina Zandonella, SORA Institut

Gefühlte Ablehnung

Neben den Ausländer:innen im untersten Einkommensdrittel gibt es dort auch eine beträchtliche Gruppe, die zwar das Wahlrecht hat, aber davon keinen Gebrauch macht, weil diese Menschen das Gefühl haben, dass es „eh nix bringt“. Das Problem: Das Gefühl trägt nicht. Eine deutsche Studie von Lea Elsässer, Svenja Hense und Armin Schäfer konnte nachweisen, „dass die Entscheidungen, die der Deutsche Bundestag zwischen 1980 und der Gegenwart getroffen hat, viel stärker mit den Präferenzen von Menschen übereinstimmen, denen es besser geht, als mit denen von Menschen, denen es schlechter geht“. Wenn also bestimmte Gruppen von Bürger:innen daraus die Lehre ziehen, dass ihre Anliegen nicht berücksichtigt werden, so hat das einen rationalen Kern.

Hier ist die Politik gefordert, tatsächlich etwas für die Menschen zu tun, statt bloß Lippenbekenntnisse abzugeben. Wenn Menschen in ihrer Lebenssituation spüren, dass es nicht egal ist, wer in der Regierung sitzt, werden sie vielleicht auch wieder wählen.

Ein Problem für die Demokratie ist nicht zuletzt, dass viele politische Entscheidungen mittlerweile von Institutionen getroffen werden, die nicht demokratisch legitimiert sind: von Institutionen wie Zentralbanken oder Höchstgerichten.

Ein Beispiel ist das jüngste Abtreibungsurteil in den USA. „Gerichte treffen Entscheidungen, die aber eigentlich in die Gesellschaft gehören. Es ist wichtig, dass die Demokratie wieder mehr Handlungsspielraum für politische Entscheidungen zurückgewinnt“, betont Zandonella.

Krisendemokratie

Ins Mark geht auch hier die Kritik von Tamara Ehs. Sie hat in der Akutphase der Corona-Krise Stärken und Schwächen der österreichischen Demokratie identifiziert und in dem Band „Krisendemokratie“ zusammengefasst. Es finden sich darin Aufzählungen für autoritäre Bedrohungen: etwa dass Menschen in Österreich arbeiten gehen mussten, aber nicht wählen durften, weiters überschießende Verordnungen, das Einschränken der Personenfreizügigkeit aufgrund von Ausgangsbeschränkungen, aber auch das Vorbeiregieren am Parlament, das Fehlen jeglicher parlamentarischen Kontrolle durch entsprechende Ermächtigungsgesetze, das schnelle Abstimmen von Sammelgesetzen ohne Begutachtungsverfahren sowie die Darstellung von Gesetzeswünschen als geltendes Recht: All das hat der Demokratie in Österreich erheblich geschadet.

Tamara Ehs wünscht sich, wie sie vor etwa einem Jahr im Bruno Kreisky Forum im Gespräch mit Robert Misik sagte, „Bürger- oder Zukunftsräte, um Plattformen zu eröffnen, statt auf der Straße Parolen zu skandieren“ – also Bürger:innenräte, die die Bevölkerung abbilden, damit mit Impulsen aus der Bevölkerung aus mageren Demokratien wieder starke Demokratien werden können.

Eine Vertrauensfrage

Wird die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie von Fake News sturmreif geschossen? Einige Verteidigungsstrategien.

Jetzt sind auch die österreichischen Qualitätsmedien in Verruf geraten: Ziemlich beste Freundschaften zwischen Chefredakteuren und Regierenden, wohlwollende Berichterstattung per Chat-Bestellung, Postenschacher – ein Sittenbild der „Verhaberung“ zwischen Politik und Medien lässt erschauern. Die betroffenen Chefredakteure der Tageszeitung „Die Presse“ und des ORF sind zurückgetreten. Es sei vorläufig noch keine Medien-, aber eine Vertrauenskrise entstanden, betont Jörg Matthes, Professor am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft in Wien: „Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass die Berichterstattung gemäß den wichtigsten journalistischen Kriterien erfolgt – und das sind allen voran Unabhängigkeit und Interessenfreiheit.“ Weitere Basiskriterien für qualitätvolle journalistische Arbeit sind wahrheitsgemäße Berichterstattung, Themenvielfalt, Standpunkte und die Kritikfunktion der Medien. Dass das Vertrauen in die solide Arbeit der Medien nicht zerrüttet wird, ist wichtig in einer Demokratie. „Medien gelten als die vierte Gewalt und haben große Bedeutung für die Demokratie, weil sie die öffentliche Meinung beeinflussen“, so Matthes.

Polarisiert Demokratie?

Nicht nur – Stichwort Boulevard –, aber vor allem mit dem Aufstieg der sozialen Medien ist Medienkompetenz gefordert. Dazu zählen die Nutzungskompetenz und die Quellenprüfungskompetenz. Letzteres erfordert es zunächst, kritisch zu hinterfragen, ob eine Quelle vertrauenswürdig ist, besonders vor dem Hintergrund sich rasch verbreitender Fehlinformationen. „Die große Verände-

rung hat natürlich durch die sozialen Medien stattgefunden“, betont Matthes. Sie bieten Menschen die Chance, sich verstärkt in ihren eigenen Netzwerken aufzuhalten, was wiederum die Polarisierung stark befeuert. „So erscheint die Position der anderen Seite viel extremer, ja auch verabscheuungswürdiger, und die Gesellschaft bewegt sich auseinander“, betont Matthes. Das große Problem der Polarisierung sei die Gefährdung des Dialogs, weil die Verständigung gestört oder gar beendet wird, sobald Hass gegenüber der anderen Seite ins Spiel kommt. „Das sei auch für die klassischen Medien hochrelevant“, so Matthes, denn die Kommunikationswissenschaft beobachtet eine Entwicklung, die auch die Qualitätsmedien in ihren Sog zieht. Um Korrektur bemüht, laufen sie Gefahr, in einer Polarisierungsspirale aufgegriffen zu werden. Dazu Matthes: „Wenn ich politische Lager habe, die gar nicht an einer Verständigung interessiert sind, kann ich es als klassisches, um Meinungsvielfalt bemühtes Medium niemandem Recht machen: Denn die einen sagen, das sei zu kritisch, die anderen, es sei zu freundlich.“ Ein aufgeheiztes Publikum ist mit ausgewogener Medienberichterstattung schwer zu bedienen, „wenn dieses Publikum Einseitigkeit erwartet“, betont Matthes.

Gegenpositionen aushalten

Sich zusammensetzen und ein Thema mit der Einstellung „Auch wenn ich nicht deiner Meinung bin, bin ich trotzdem an deinen Argumenten interessiert“ zu diskutieren, sei ja die Essenz der Demokratie, so Matthes. Dass man sich andere Positionen zumindest anhört und kennt sowie unterschiedliche Positionen zulässt, ist eine Grund-

idee, die laut Matthes durch soziale Medien schwieriger umzusetzen ist. Die Gemüter seien leichter entflammbar geworden. Die Gegenseite mit immer neuen Kampfbegriffen zu belegen, macht die Verständigung schwieriger. Für die Meinungsbildung ist es wichtig, die Gegenposition auszuhalten und sie nicht reflexartig zu ersticken.

Ausgetwittert in Europa?

Wie mächtig die sozialen Medien mittlerweile sind, zeigt die Entwicklung bei Twitter seit der Übernahme der Plattform durch Multimilliardär Elon Musk. Nach einem Bericht der „Financial Times“ hat die EU Twitter zuletzt sogar mit einem Verbot gedroht. Der einzige Ausweg sei, dass Musk sich an die strengen Regeln zur Moderation von Inhalten hält. Twitter galt als die zentrale Social-Media-Plattform für politische Kommunikation. Mit dem Eigentümerwechsel hat eine Neuausrichtung stattgefunden. „Musk hat eine Agenda. Er vertritt einen libertären Ansatz für Meinungsfreiheit ganz ohne Moderation. In der Vergangenheit wegen Fehlverhaltens gesperrte Accounts sind nun wieder zugelassen“, sagt Annie Waldherr, Expertin für digitalisierte Öffentlichkeiten am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Viele haben Twitter deshalb verlassen. Wissenschaftler:innen sind auf Mastodon untergekommen, andere sind noch auf der Suche. Die Frage ist vor allem, wo sich soziale Bewegungen, die mit Twitter einen Kanal in die globale Öffentlichkeit zur Verfügung hatten, in Zukunft bewegen und Gehör finden werden. „Einen Ersatz für das alte Twitter wird es wohl nicht geben“, erklärt Waldherr. ▀

Die Menschen mitnehmen



RENATE ANDERL
AK-PRÄSIDENTIN

Corona, Teuerung, Ukraine-Krieg, Klimakatastrophe: Die Menschen werden derzeit von vielen Krisen geplagt. Gegen alle gibt es eine Fülle an Maßnahmen vonseiten der Bundesregierung, der EU und der UNO. Und es gibt eine Unzahl an Informationen in mehr und weniger seriösen Medien. Sich so eine Meinung zu bilden und demokratische Entscheidungen zu treffen ist, gelinde gesagt, eine große Herausforderung.

Dabei brauchen Menschen gerade in Krisen Klarheit: Was ist das Problem? Was ist die Lösung, und wie kommen wir dahin? Wenn die Klarheit fehlt, wenn die Politik keine nachvollziehbaren Entscheidungen trifft – etwa wenn in der Corona-Krise alle drei Wochen andere Regeln gelten und Medien den Leser:innen das Hirn mit Halbwahrheiten vernebeln –, dann ist Politikverdrossenheit vorprogrammiert. Das darf keiner Partei, die sich der Demokratie verpflichtet fühlt, egal sein. Seit Beginn der Corona-Krise war viel von einer „Spaltung“ der Gesellschaft die Rede. Ich bestreite nach wie vor, dass es den tiefen Spalt gegeben hat. Eine kleine Gruppe von Impfgegner:innen und Coronaleugner:innen hat den Eindruck erweckt, mindestens die Hälfte der Bevölkerung auszumachen. Das war jedoch nie der Fall. Aber warum hatte man diesen Eindruck? Weil die Bundesregierung scheinbar planlos war und weil die Medien diesen Leuten breiten Raum gegeben haben. Ein anders Beispiel, das Weltklima: Die Lage ist katastrophal, Wälder brennen, Seen trocknen aus, im Oktober hatte es über 20 Grad. Aber weder die heimische Regierung noch die EU unternehmen ernsthafte Anstrengungen, das in den Griff zu bekommen. Junge Menschen haben große Angst vor ihrer Zukunft und greifen zu außergewöhnlichen Maßnahmen, sie kleben sich fest oder beschützen das Schutzglas von Kunstwerken – davon kann man halten, was man will. Aber was ist der mediale Skandal? Nicht die Untätigkeit der Regierungen auf Kosten der Kinder und Enkelkinder, sondern Suppe auf einem Botticelli-Gemälde und Stau in der Wiener Westeinfahrt. Dass sich junge Menschen dann von der „traditionellen“ Politik abwenden, wundert nicht. Die Menschen müssen sich endlich wieder mitgenommen fühlen. 80 Prozent der Bevölkerung in Österreich sind für Reichensteuern, doch die Regierung mauert. Über eine Million war von der Bundespräsidentenwahl ausgeschlossen, aber die Regierung sieht die Staatsbürgerschaft entwertet. Es gibt immer mehr skurrile Onlinemedien, aber die Regierung vernichtet die „Wiener Zeitung“. Das ist eine Sackgasse, so wird die Demokratie an die Wand gefahren. Es ist Zeit umzukehren und Demokratie, Mitbestimmung und Meinungsbildung zu stärken. ►

Demokratie Booster

Stärkt das demokratische Immunsystem: Wer in einem Unternehmen mit Betriebsrat arbeitet, spürt die positiven Auswirkungen von Mitbestimmung. Das schärft auch das Bewusstsein dafür, dass Demokratie in allen Bereichen des Lebens wichtig ist.

TEXT ALEXIA WEISS

Betriebsrät:innen tragen wesentlich dazu bei, dass die Demokratie insgesamt gerechter wird, meint Martina Zardonella vom SORA-Institut, die in einem Forschungsprojekt gemeinsam mit Tamara Ehs die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf die Demokratie in Wien analysiert hat. Dabei haben sich die beiden Wissenschaftler:innen auch die Bedeutung von Betriebsratsgremien angesehen. Fazit: Beschäftigte, die in einem Unternehmen mit Betriebsrat arbeiten, nehmen eher an der Wiener Gemeinderatswahl teil als solche, die in einer Firma ohne Mitbestimmung tätig sind.

Konkret beträgt die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an der Wiener Gemeinderatswahl bei Beschäftigten mit mittlerem Einkommen aus Unternehmen mit Betriebsrat 81 Prozent, bei solchen ohne

dagegen nur 69 Prozent. Und bei Arbeitnehmer:innen mit niedrigem Einkommen liegt die Wahrscheinlichkeit, zur Urne zu gehen bei 54 Prozent, wenn es einen Betriebsrat im Unternehmen gibt, aber nur bei 37 Prozent ohne Mitbestimmungserfahrung im Arbeitsleben. Betriebliche Demokratie wirkt damit also über den Betrieb hinaus.

Demokratie erleben

Das unterstreicht auch ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. „Bei betrieblicher Mitbestimmung erleben die Beschäftigten quasi aus erster Hand, was Demokratie wirklich bedeutet und wie sie ihr Arbeitsleben verändern und verbessern kann. Wenn sie ein positives Demo-



kratie-Erlebnis im Betrieb haben, sind sie dem Thema Demokratie gegenüber allgemein positiver eingestellt.“ Der Einsatz von Betriebsrät:innen bewiese, „dass sich gewählte Vertreter:innen für Interessen stark machen. Sie zeigen, dass Wahlen demokratisch ablaufen.“

Gewählt wird in Unternehmen mit Betriebsrat das Betriebsratsgremium. Österreichweit gibt es laut einer Studie der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) rund 7.600 Betriebsratsgremien mit insgesamt knapp 35.900 Mitgliedern. Zehntausende Menschen setzen sich also in Österreichs Unternehmen und Organisationen für die Interessen ihrer Kolleg:innen ein. Arbeitnehmer:innen werden aber auch auf einer anderen Ebene vertreten: durch die Arbeiterkammern in den einzelnen Bundesländern. Hier sind alle Arbeiter:innen und Angestellten automatisch Mitglied. Wer an der AK-Wahl teilnimmt, bestimmt aber auch mit, welche Fraktion seine Interessen vertritt.

Die Kraft von vier Millionen

„Die AK ist Sprachrohr und Anwältin für die unselbstständig Beschäftigten“, betont die Präsidentin der Bundes-AK sowie der AK Wien, Renate Anderl. „Wir zeigen auf, wie unsere Arbeitswelt, unser Sozialstaat und unser Steuersystem im Sinne der Beschäftigten gerechter gemacht werden kann. Wir legen konkrete Vorschläge vor, basierend auf Daten und Fakten. Das ist für die Regierenden nicht immer angenehm, aber es ist unsere Aufgabe, auf die Anliegen der Beschäftigten zu schauen. Dafür haben wir die Kraft von fast vier Millionen Menschen hinter uns. Arbeitnehmer:innen, die sich an der AK-Wahl beteiligen, zeigen, dass ihnen diese Vertretung wichtig ist, und stärken sie damit auch“, so Anderl.

Andererseits würden sie damit aber auch die Demokratie stärken. „Wir haben schon vom Gesetz her einen breiten Auftrag. Im Arbeiterkammergesetz heißt es, dass die AK dazu berufen ist, die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer:innen zu vertreten und zu fördern. Diesen Auftrag leben wir, indem wir uns gegenüber dem Staat und der Politik für die Rechte der unselbstständig Beschäftigten einsetzen.“ Gemeinsam mit dem ÖGB trete die AK zudem gegen Ausgrenzung, für ein gutes Leben für alle und die Verbesserung des Sozialstaates ein. „Denn soziale Sicherheit ist, wie schon der erste ÖGB-Vorsitzende Johann Böhm feststellte, die verlässlichste Grundlage der Demokratie“, sagt Anderl. „Und soziale Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung, um auch selbst die Zeit und Energie aufzubringen, sich politisch zu beteiligen und zu engagieren.“

Demokratiehemmer Zeitdruck

Das Institut für empirische Sozialforschung IFES befasst sich, auch im Auftrag der AK, immer wieder mit dem Thema Mitbestimmung in der Arbeitswelt. Stefan Friesenbichler, wissenschaft-



Verena Spitz erklärte dem vorrangig von US-Amerikaner:innen besetzten Vorstand der BAWAG PSK, dass der Spruch „Wer das Geld hat, schafft an“ hier nicht eins zu eins gilt.

licher Projektleiter sowie selbst Betriebsrat bei IFES, unterstreicht Anderls Befund. „Der größte Demokratiehemmer ist Arbeitsdruck. Um sich mit Demokratie zu beschäftigen und zu einer Wahl zu gehen, brauche ich die Ressource Wissen. Die kann ich mir aber nur aneignen, wenn ich Zeit habe. Wer zehn, zwölf Stunden arbeitet, kommt erschöpft nach Hause und will dann nur mehr auf der Couch liegen und sich unterhalten lassen.“

Soll heißen: Wer in einem Unternehmen mit Betriebsrat arbeitet, ist eher davor gefeit, unter Arbeitsdruck zu geraten. Und das wiederum ermöglicht es den Beschäftigten, einen freien Kopf auch für andere Themen als den eigenen Arbeitsalltag zu haben. Insgesamt, das zeige auch regelmäßig der sogenannte Arbeitsklimaindex, gehe es Arbeitnehmer:innen in Firmen mit Betriebsrat besser (siehe auch Kasten).

Betriebsrat bringt Resilienz

Aber nicht nur Beschäftigte profitieren, betont Friesenbichler. Die IFES-Forschung zeige zudem: „Die Betriebe mit Betriebsrat sind auch wirtschaftlich resilienter, weil Probleme anders gelöst werden als in Unternehmen ohne Betriebsrat.“ Jüngstes Beispiel: die Kurzarbeit in der Hoch-Zeit der COVID-Pandemie. „Dort, wo es einen Betriebsrat gibt, hat man eine mittlere Management-Ebene, die sich das anschaut. Es kam also zu viel weniger Kündigungen, und die Unternehmen hatten dann, als die Lockdowns vorbei waren, sofort wieder funktionierende Teams, weil nicht erst wieder neue Mitarbeiter:innen gesucht und neu eingeschult werden mussten.“ Diese Win-win-Situation der Arbeitgeber:innenseite zu vermitteln,



Elisabeth Steinklammer von der Arbeiterkammer Wien und Pia Lichtblau vom ÖGB leiten gemeinsam die Betriebsrät:innen-Akademie. Sie vermitteln den Arbeitnehmervertreter:innen die nötigen Kompetenzen.

damit ist Verena Spitz beschäftigt, seitdem im Vorstand der BAWAG PSK vorrangig US-Amerikaner:innen sitzen. Nach dem Verkauf vor über zehn Jahren erklärte die Betriebsratsvorsitzende dem Vorstand, dass es ein Arbeitsverfassungsgesetz gibt, an das sich auch die Arbeitgeber:innenseite zu halten hat, und dass der Spruch „Wer das Geld hat, schafft an“ hier nicht eins zu eins gilt. Auf der anderen Seite muss sie den Mitarbeiter:innen kommunizieren, „dass der Betriebsrat den Kapitalismus nicht einfach wegzaubern kann. Es gibt da so eine Sehnsucht, dass der Betriebsrat Dinge wie Effizienzsteigerungsprogramme und Jobabbau aufhalten oder verhindern kann. Das ist aber nicht realistisch. Was wir jedoch können, ist Abfederungsprogramme, also klassische Sozialpläne, auszuverhandeln.“

„Die Betriebe mit Betriebsrat sind auch wirtschaftlich resilienter, weil Probleme anders gelöst werden als in Unternehmen ohne Betriebsrat.“

Stefan Friesenbichler, IFES

Und das, was der Betriebsrat hier leisten kann, das gilt es dann regelmäßig und über verschiedenste Kanäle den Mitarbeiter:innen zu vermitteln. Mitbestimmung ist nichts Selbstverständliches. Bei einer hohen Fluktuation in der Belegschaft, wie es sie heute in der BAWAG PSK gebe, müsse man immer wieder von Neuem erklären, was der Betriebsrat tue.

Ohne Kampfpause

Demokratie sei eben nichts Selbstverständliches, so Spitz. Für sie gelte es immer wieder aufs Neue zu kämpfen – das zeigte ihr auch die jüngste Betriebsratswahl. Die Wahlbeteiligung bei der BAWAG

PSK lag in den vergangenen Jahrzehnten immer bei um die 70 Prozent, erzählt Spitz. „Aber diesen September war sie viel niedriger und betrug nur 47 Prozent. Da bin ich gerade ein bisschen ernüchtert.“ Der Grund: Mit der COVID-Pandemie hat sich das Homeoffice etabliert und wird bis heute gelebt. „Und wenn ich nicht ohnehin am Speisesaal vorbeigehe und dort meine Stimme abgebe, sondern für die Wahl einen Office-Tag einmelden muss, dann sinkt die Wahlbeteiligung plötzlich rasant.“ Den Mitarbeiter:innen sei der Betriebsrat wichtig. Aber hier brauche es offenbar noch mehr Bewusstsein dafür, dass der Betriebsrat seinerseits eine Stärkung durch die Belegschaft brauche. Diese Stärkung der Arbeitnehmer:innen-Vertretungen erfolgt übrigens potenziell durch alle Mitarbeiter:innen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. „Wahlen in der Arbeitswelt sind für viele der einzige Zugang zu demokratischen Wahlen“, hält dazu Katzian fest. „Demokratie und freie Gewerkschaftsarbeit gehen immer Hand in Hand – viele demokratiefeindliche Gesellschaften agieren deswegen ja auch gewerkschaftsfeindlich.“ „Kolleg:innen mit anderen Staatsangehörigkeiten als der österreichischen stellen ein Fünftel der unselbstständig Beschäftigten in Österreich“, betont dazu Anderl. „Die Arbeiterkammer steht für eine faire Arbeitswelt, in der Ungleichheit und Diskriminierung keinen Platz haben und Vielfalt gelebt wird. Wer hier arbeitet, soll auch mitbestimmen können.“ Die AK trete daher auch für einen leichteren Zugang zur Staatsbürgerschaft ein. „Denn eine Demokratie funktioniert nur, wenn die Menschen sich an politischen Prozessen beteiligen.“

Augenmerk auf Augenhöhe

Sich einbringen – das prägt auch das Engagement von Tom Gödel, Betriebsrat in einem großen internationalen IT-Unternehmen und Experte im Beirat für Arbeit und Technik der GPA. Wichtig ist ihm dabei, dass der Betriebsrat im Idealfall auf Augenhöhe und als kompetenter Partner der Geschäftsleitung mitgestaltet, aber auch kontrolliert und, wo notwendig, interveniert. Dabei gehe es um Themen

wie Bezahlung, Arbeitszeit und Gesundheit. Gödel hat aber auch ein besonderes Augenmerk auf technologische Entwicklungen.

Gerade unter dem Aspekt der Demokratie sei es wichtig, dass sich der Betriebsrat im Bereich der Implementierung von Algorithmus-basierten Entscheidungssystemen einbringe und darauf achte, dass solche Systeme transparent gestaltet werden und die Entscheidung am Ende einer Datenanalyse von einem Menschen getroffen werde. „Automatisierte Kündigungen, wie es sie etwa bei Amazon gibt, sind aus gewerkschaftlicher Sicht ein No-Go.“ Aufpassen müsse man aber auch schon bei der Programmierung: Wenn eine Software diskriminierende Daten und Prozesse der Vergangenheit digitalisiere, so werde dadurch Diskriminierung in Betrieben automatisiert. Hier gelte es also genau hinzuschauen. Im Betriebsrat müsse daher ein Mitglied über IT-Kompetenz verfügen, oder es sei jemand mit entsprechender Expertise hinzuzuziehen.

Kaiserliches Auslaufmodell

Insgesamt sind die „Betriebsratskaiser“ – also freigestellte Betriebsratsvorsitzende, die mehr oder weniger alleine entscheiden – ein Auslaufmodell, sagt Elisabeth Steinklammer von der AK Wien. Gemeinsam mit Pia Lichtblau vom ÖGB leitet sie die BRAK, die Betriebsrät:innen-Akademie. Hier werden Betriebsrät:innen mit jenen Kompetenzen ausgestattet, die sie in ihrer täglichen Arbeit brauchen: Sie bekommen rechtliche Grundlagen vermittelt, aber auch wirtschaftliches Know-how, werden mit dem Thema Mobilisierung vertraut gemacht, mit strategischer Betriebsratsarbeit und sozialer Kompetenz. Heute stehe hier der Teamgedanke und damit eine kooperative Organisation im Vordergrund, betont Steinklammer. Zu tun habe das auch mit der Workload, ergänzt Lichtblau. „Man muss als Betriebsrat daher arbeitsteiliger vorgehen und auch Multiplikator:innen in der Belegschaft mitdenken.“ Woher aber kommt diese Arbeitsverdichtung? Lichtblau nennt ein Beispiel: In Betrieben mit einem über Jahre und Jahrzehnte beständigen Management habe es auch viele informelle Abmachungen gegeben, die gehalten hätten. „Aber wenn das Management immer wieder ausgetauscht wird, funktioniert das nicht mehr. Man muss also alles in Betriebsvereinbarungen gießen. Das ist aufwendig.“ Dazu kämen neue, komplexe Themen wie etwa Digitalisierung und Globalisierung. Da müsse man sich einarbeiten und im Idealfall Spezialist:innen hinzuziehen. Gleichzeitig führe die kooperativ gestaltete Betriebsratsarbeit aber auch zu mehr Demokratie.

Gelebte Demokratie in Betrieben besteht aus vielen Puzzleteilen. Und sie wirkt eben auch in die Gesamtgesellschaft hinein. Die Arbeitswelt ist nichts Abgeschottetes, umgekehrt müssen gesamtgesellschaftliche Kämpfe wie jener gegen Diskriminierung oder aktuell gegen die Teuerung auch auf der Ebene der Betriebe geführt werden. Starke Betriebsräte tun dies – und tragen auch damit zu einer Stärkung der Demokratie in ganz Österreich bei. ■

SIEBEN FAKTEN ZUM THEMA

1 / 74 Prozent der Beschäftigten in großen Firmen (mit 250 Mitarbeiter:innen und mehr) werden von einem Betriebsrat vertreten, in Klein- und Mittelbetrieben (zehn bis 249 Mitarbeiter:innen) sind es nur mehr 41 Prozent, in Kleinbetrieben (unter zehn Mitarbeiter:innen) lediglich elf Prozent.

2 / 56 Prozent der Beschäftigten in Produktionsbetrieben geben an, einen Betriebsrat zu haben, aber nur 37 Prozent der Mitarbeiter:innen in den Dienstleistungsbranchen.

3 / Männer arbeiten zu 47 Prozent in Betrieben mit einem Betriebsrat, Frauen nur zu 38 Prozent. Das liegt daran, dass Betriebsräte eher in Großbetrieben der männerdominierten Branchen der Güterproduktion anzutreffen sind, während Kleinbetriebe, die selten einen Betriebsrat aufweisen, eher frauendominiert sind.

4 / Je höher die Ausbildung von Beschäftigten, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, in einem Unternehmen mit Betriebsrat tätig zu sein. 55 Prozent der Beschäftigten mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss arbeiten in einem Betrieb mit Betriebsrat, aber nur 38 Prozent der Arbeitnehmer:innen mit Pflichtschul- bzw. Lehrabschluss.

5 / Mehr- und Überstunden werden in Betrieben mit Betriebsrat öfter korrekt abgegolten bzw. über das gesetzlich erforderliche Mindestmaß hinaus bezahlt als in Firmen ohne Betriebsrat.

6 / Betriebsräte tragen zu einer längeren Betriebszugehörigkeit bei: In den Klein- und Mittelbetrieben mit Betriebsrat verbleiben Beschäftigte im Schnitt um 1,5 Jahre länger als Kolleg:innen in einer Firma ohne Betriebsrat.

7 / Das Bestehen eines Betriebsrats fördert die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben: Beschäftigte in Klein- und Mittelbetrieben mit Betriebsrat geben zu 42 Prozent an, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gut funktioniert, in KMUs ohne betriebliche Mitbestimmung sind es nur 35 Prozent.

Quelle: Auswertung der Österreich-Daten des European Working Conditions Survey (EWCS) durch die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) im Auftrag der AK Wien, erstellt 2020.

Vertrauen verspielt

Ein demokratiepolitischer Auffahrunfall: Die Krisen der vergangenen Jahre haben tiefe Schrammen am Vertrauen in die Demokratie hinterlassen. Was ist passiert, und wie kommen wir da wieder raus? Eine Reparaturanleitung.

Seit 2018 untersuchen wir von SORA einmal pro Jahr, wie es den Menschen mit der Demokratie in Österreich geht. Vor fünf Jahren schien die Welt noch in Ordnung: Dass unser politisches System gut funktioniert, dachten zwei Drittel der Bevölkerung. Eine Pandemie, eine Teuerungskrise und zahlreiche Korruptionsaffären später hat sich dieser Wert praktisch halbiert: Derzeit vertrauen dem politischen System nur noch 34 Prozent.

Dabei sticht hervor, dass der Vertrauenseinbruch nicht das gesamte System erfasst hat. Betroffen sind ausschließlich demokratisch gewählte Vertretungsorgane wie das Parlament, der Bundespräsident oder die Bundesregierung. Anderen Teilen der demokratischen Infrastruktur – der Justiz oder der Polizei – vertrauen die Menschen immer noch im selben Ausmaß wie vor fünf Jahren. Die Vertrauenskrise ist also in erster Linie eine Krise der Repräsentation. Dies bestätigt ein Blick auf die politischen Parteien: Haben 2018 nur 13 Prozent der Menschen keine Partei gefunden, die ihre politischen Anliegen vertritt, sind es inzwischen 38 Prozent.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Vertrauenskrise inzwischen die gesamte Bevölkerung erfasst hat – es gibt keine Gruppe, in der das Vertrauen innerhalb der letzten fünf Jahre nicht massiv zurückgegangen ist. Auffallend sind jedoch unterschiedliche Entwicklungen entlang der finanziellen Lage der Menschen: Im unteren Einkommensdrittel fällt das Vertrauen über die Zeit hinweg gering aus und schwankt auch weniger. So waren bereits 2018 nur 49 Prozent davon überzeugt, dass das politische System gut funktioniert, aktuell sind es 29 Prozent. Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in den mittleren und oberen Eta-

gen der Gesellschaft von deutlich höheren Ausgangswerten in die Tiefe gerasselt (von 66 Prozent auf 34 Prozent im mittleren und von 85 Prozent auf 45 Prozent im oberen Einkommensdrittel).

Versprochen, nicht gehalten!

Für die Menschen im unteren Einkommensdrittel hält die Demokratie ihre zentralen Versprechen nicht: Über die Jahre hinweg berichten die Menschen im unteren Einkommensdrittel von Erfahrungen im politischen System, die mit den demokratischen Versprechen der Gleichheit und Mitbestimmung kollidieren. Das Systemvertrauen in dieser Gruppe fällt vor allem deshalb so gering aus, weil die überwiegende Mehrzahl der Menschen kontinuierlich erlebt, von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden (73 Prozent), im Parlament nicht vertreten zu sein (68 Prozent) und mit politischer Beteiligung keinen Unterschied machen zu können (60 Prozent). Dass gerade der Ausschluss von wirksamer Mitbestimmung kein subjektiver Eindruck ist, zeigt eine Untersuchung aus Deutschland: Lea Elsässer hat festgestellt,



MARTINA ZANDONELLA

Geboren 1976,
Senior Researcher,
SORA Institut.

„Für die Menschen im unteren Einkommens- drittel hält die Demokratie ihre zentralen Versprechen nicht.“

dass zwischen 1980 und 2013 die meisten Entscheidungen des deutschen Bundestags den politischen Anliegen der oberen Einkommensgruppen gefolgt sind – egal, welche Regierung am Ruder war. Dass sich das untere Einkommensdrittel immer weniger politisch beteiligt, ist vor diesem Hintergrund eine logische Konsequenz, die wir auch in Österreich sehen. So haben bei der letzten Nationalratswahl im Herbst 2019 17 Prozent der Menschen im oberen Einkommensdrittel nicht gewählt, jedoch 41 Prozent der Menschen im unteren Einkommensdrittel. Die Zweidritteldemokratie, in der sich das untere Drittel immer weniger beteiligt bzw. beteiligen kann, ist Realität.

Auch in der Mitte der Gesellschaft ist politische Gleichheit und Mitbestimmung inzwischen Thema. Im Gegensatz zum unteren Einkommensdrittel geht es jedoch nicht um Abwertung, sondern um den zunehmenden Eindruck, dass privilegierte Gruppen das politische System für ihre Eigeninteressen nutzen: Die Korruptionsaffären seit Ibiza haben ein Bild von politisch Mächtigen hinterlassen, die zum Zweck des Machterhalts die demokratischen Spielregeln verletzen, und von wirtschaftlich Mächtigen, die sich der Politik bedienen. Gerade im mittleren Einkommensdrittel ist das Systemvertrauen auch deshalb so stark

gesunken, weil die überwiegende Mehrzahl der Menschen davon ausgeht, dass sich die gut Situierten untereinander ausmachen, was im Land passieren soll.

Krisenverschärfung durch Teuerung

Hinzu kommt, dass die finanzielle Lage vieler Menschen bereits durch die Pandemie erschüttert wurde und nun durch die Teuerung weiter verschärft wird. Auch diese krisenbedingten Entwicklungen sind am Systemvertrauen nicht spurlos vorübergegangen: Bei jenen Menschen, deren finanzielle Situation sich infolge der Pandemie verschlechtert hat oder die sich wegen der Preissteigerungen bereits jetzt stark einschränken müssen, fällt auch das Vertrauen in das politische System geringer aus. Entgegen wiederkehrenden Beteuerungen, dass die Folgen der Krisen alle gleich treffen, sitzen wir hier jedoch nicht im selben Boot. So müssen sich teuerungsbedingt derzeit 8 Prozent der Menschen im oberen Einkommensdrittel stark einschränken, 18 Prozent in der Mitte und 56 Prozent im unteren Einkommensdrittel. Auch an dieser Stelle wird also einmal mehr deutlich: Krisen setzen bestehende Ungleichheiten nicht nur fort, sie verschärfen sie.

Die Vertrauenskrise ist nicht neu, im unteren Einkommensdrittel beobachten wir sie seit den 1990er-Jahren, inzwischen hat sie sich jedoch in die mittleren und oberen Etagen der Gesellschaft ausgebreitet. Soll unsere Demokratie nicht noch stärker zu einer Veranstaltung der Bessergestellten werden, ist die Rückkehr der sozialen Frage auf die politische Agenda unerlässlich. Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Energie und Wohnen treffen das untere Einkommensdrittel am härtesten. Ein Sozialstaat, der nicht nur kurzfristig bei Notlagen unterstützt, sondern mittel- und langfristig der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit entgegenwirkt, ist das Gebot der Stunde. Der Auftrag ist eindeutig: Drei Viertel der Menschen denken, dass bei uns in Österreich Einkommen und Vermögen ungerecht verteilt sind. Und ebenso viele sehen die Politik in der Verantwortung, dies zu ändern.

Demokratie stärken

An unser Verständnis von Demokratie als gesellschaftlicher Lebensweise schließt wiederum an, dass Mitbestimmung nicht nur alle paar Jahre am Wahltag stattfinden darf. Das Leben und Erleben von Demokratie und wirksamer Mitbestimmung in der Schule und bei der Arbeit hängt eng mit der Beteiligung an Wahlen zusammen. Gerade das untere Einkommensdrittel arbeitet jedoch häufig in schlechter organisierten Branchen und in Unternehmen ohne Betriebsrat. Gelingt es, hier die betriebliche Mitbestimmung zu stärken, stärkt dies die Demokratie insgesamt.

Mit Blick auf die nicht enden wollenen Korruptionsaffären führt an der Etablierung einer Fehlerkultur aufseiten der politischen Eliten kein Weg vorbei. Ist der Ruf erst einmal ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert – das kann und wird in einer Demokratie nicht funktionieren, wenn die Vielen sich auf ihre gemeinsamen Interessen verständigen und solidarisch für diese eintreten. ▀

Die Demokratie verteidigen

Unsere Demokratie, meint Altbundespräsident Heinz Fischer, ist robust und hält viel aus. Aber sie braucht dauerhafte Pflege, Zuwendung und Bejahung. Demokratie als etwas Selbstverständliches zu betrachten ist problematisch und sogar gefährlich.

INTERVIEW EVA WINTERER



HEINZ FISCHER

Geboren 1938 in Graz. Er studierte Rechtswissenschaften in Wien und wurde 1961 zum Doktor jur. promoviert.

Ab dem Jahr 1962 wirkte er bei der SPÖ. 1975 wurde er deren geschäftsführender Klubobmann. Von 1983 bis 1987 diente er als Wissenschaftsminister unter Fred Sinowatz (bis 1986) und Franz Vranitzky (bis 1987).

Von 2004 bis 2016 war er Bundespräsident.

Arbeit&Wirtschaft: Mein persönlicher, jährlich wiederkehrender Bezug zur Republik und zur Demokratie ist der Geburtstag meiner Tochter am 12. November, also dem Tag der Ausrufung der Ersten Republik. Welchen persönlichen Bezug haben Sie? Was verbinden Sie persönlich mit der Demokratie als Staatsform?

Heinz Fischer: Meine ganz persönliche Erinnerung ist das Ende des Albtraums von Krieg und Diktatur im April 1945. Der Übergang von der Nazidiktatur zur Wiederherstellung der österreichischen Demokratie war Erleichterung und Freude für meine Eltern und die ganze Familie – auch wenn ich noch ein Kind war. Wenn ich es grundsätzlich betrachte, bedeutet Demokratie für mich, dass ich in einer Gesellschaft lebe, in der die Menschenrechte zum fixen Bestandteil der Verfassung gehören, in der die Bürger:innen die Möglichkeit zur Mitbestimmung haben, in der ein Pluralismus der Meinungen und der Auffassungen sowie der Interessen möglich und garantiert ist und in der der Rechtsstaat funktioniert.

Sie sagen immer, dass man auch der Entstehungsgeschichte der österreichischen

Verfassung Bedeutung zumessen muss. Was macht die österreichische Verfassung zu etwas Besonderem?

Der Entstehungsprozess unserer Verfassung war etwas ganz Außergewöhnliches. Im Februar 1919, drei Monate nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, wurde eine konstituierende Nationalversammlung mit dem Auftrag gewählt, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Der Verfassungsausschuss unter dem Obmann Otto Bauer einigte sich im Sommer 1920 nach sehr schwierigen und intensiven Verhandlungen auf den Entwurf eines Verfassungsgesetzes, das am 1. Oktober 1920 beschlossen wurde. Es war eine moderne Verfassung, eine Pionierarbeit – mit kleinen Schönheitsfehlern, etwa bei der Kompetenzverteilung, aber auch mit wirklichen Errungenschaften, wie zum Beispiel dem Verfassungsgerichtshof, den Kelsen (Anm.: Hans Kelsen, Verfassungsrechtler und einer der „Väter“ der österreichischen Verfassung) entwickelt hat.

Heute gibt es nur ganz wenige Länder in Europa mit einer Verfassung, die so alt wie die österreichische ist und die eine so bemerkenswerte Stabilität aufweist. Das ist wichtig, weil dadurch mehr Rechtssicher-

„Heute gibt es nur ganz wenige Länder in Europa mit einer Verfassung, die so alt wie die österreichische ist und die eine so bemerkenswerte Stabilität aufweist“, ist Heinz Fischer im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft stolz auf das hiesige System.





„Jetzt befinden wir uns in einer Situation, in der sich die wirtschaftliche Lage, die Inflation und manche Dinge, die ein Bundeskanzler mit dem Vornamen Sebastian zu verantworten hat, negativ auf die Demokratie auswirken“, kritisiert Fischer.

heit vorhanden ist und es eine umfassendere Judikatur des Verfassungsgerichtshofs gibt. Daher bin ich ein großer Anhänger der österreichischen Verfassung.

Wie ist es um die Demokratie in unserem Land bestellt?

Faktum ist, dass die moderne Demokratie eine relativ junge Errungenschaft ist, ein Produkt der Aufklärung. In Österreich war ein erster Anstoß für den Übergang vom Absolutismus zu partiellen demokratischen Bestandteilen die Revolution des Jahres 1848. Der Durchbruch zur Demokratie einschließlich Frauenwahlrecht war die Gründung der demokratischen Republik am 12. November 1918. In den nunmehr 104 Jahren seither hat es entscheidende Aufwärts- und Abwärtsbewegungen gegeben. Denn die Existenz der Demokratie ist nicht nur von einem Geburtsakt abhängig, sondern auch davon, dass die wichtigsten Bestandteile der Demokratie lebendig bleiben, Praxis bleiben, angewandt werden und auch gewollt werden. Das war in der Ersten Republik nicht in ausreichendem Ausmaß der Fall. In der Zweiten Republik hatten wir über eine unglaublich lange Zeit gute demokratische Verhältnisse. Momentan

gibt es aber Probleme und Problemzonen, die einen verstärkten Einsatz und einen verstärkten Willen zur Demokratie erfordern, damit es nicht zu ernsthaften Rückschlägen kommt.

„Der Glaube, dass sich die Demokratie von selbst entwickelt, dass sie unzerstörbar ist, das ist ein Irrtum.“

Österreich ist eine repräsentative Demokratie. Was bedeutet es für das Land und seine Staatsform, wenn sich viele Menschen nicht mehr von den gewählten Repräsentant:innen vertreten fühlen und die Wahlbeteiligung sinkt.

Zunächst einmal muss ich sagen: Die österreichische Staatsform ist die Republik, und die Republik ist unbestritten. Die Regierungsform ist eine parlamentarische Demokratie, die als solche auch unbestritten ist. Denn ich glaube, dass sich – gestellt vor die Wahl zwischen Demokratie und Diktatur – ein überwältigender Teil unserer

Bevölkerung für die Demokratie entscheiden würde. Das Problem liegt darin, dass die tägliche Praxis der Demokratie heute mehr Angriffsflächen bietet als vor 50 oder 30 Jahren – obwohl ich dazu sagen muss, dass die politische Kultur in den 60er- und 70er-Jahren auch nicht so tadellos war, wie sie heute rückblickend erscheint. Wir haben schon vieles vergessen, was es auch damals an Schwächen der Demokratie gegeben hat. Aber es ist wahr, dass mit Bruno Kreisky und im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts unsere Demokratie im institutionellen Bereich beachtliche Fortschritte gemacht hat. Wir haben die Volksanwaltschaft eingeführt, wir haben parlamentarische Minderheitsrechte ausgebaut, wir haben die Verwaltungsgerichtsbarkeit modernisiert, wir haben die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern modifiziert. Wir haben die Europäische Menschenrechtskonvention in den Verfassungsrang erhoben, und wir haben die Rechtstellung der Frauen verbessert. Jetzt befinden wir uns in einer Situation, in der sich die wirtschaftliche Lage, die Inflation und manche Dinge, die ein Bundeskanzler mit dem Vornamen Sebastian zu verantworten hat, negativ auf die Demokratie

„Momentan gibt es Probleme und Problemzonen, die einen verstärkten Einsatz und einen verstärkten Willen zur Demokratie erfordern, damit es nicht zu ernsthaften Rückschlägen kommt.“

auswirken. Dem müssen wir Aufmerksamkeit schenken. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Müssen wir uns Sorgen machen?

Ich würde nicht sagen, die österreichische Demokratie steht knapp vor dem Zusammenbruch. Aber die Demokratie muss jeden Tag gewollt werden, praktiziert werden und verteidigt werden. Nur dann kann sie sich stabil entwickeln. Wenn Schwächen sichtbar werden, dann muss gezielt an deren Überwindung gearbeitet werden. Dann müssen viele Gespräche geführt werden, und man muss sich bewusst machen, dass die Demokratie nicht unabhängig von den handelnden Personen funktioniert. Es gibt keine Demokratie im luftleeren Raum. Demokratie ist die bestmögliche Form des Zusammenlebens von Menschen in einer Gesellschaft. Daher müssen sich die Menschen auch für die Demokratie interessieren und engagieren. Aber der Glaube, dass sich die Demokratie von selbst entwickelt, dass sie unzerstörbar ist, das ist ein Irrtum.

Vielleicht muss man den Leuten wieder sagen, welche Sternstunden wir in der Demokratie gehabt haben. Welche wären es aus Ihrer Sicht?

Eine Sternstunde war sicher der April 1945. Zu Beginn dieses Monats war Österreich noch heiß umkämpft, und die „Schlacht um Wien“ hatte gerade stattgefunden. Am Ende

des Monats gab es bereits demokratische Parteien, einen überparteilichen Gewerkschaftsbund, eine Wiener Stadtverwaltung und ab dem 27. April sogar eine provisorische demokratische Allparteienregierung.

Eine weitere Sternstunde, während meiner Zeit im Gymnasium, war die Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai 1955. Ja, und wenn ich das subjektiv so sagen darf, war auch der Beginn der Kreisky-Ära eine weitere Sternstunde für mich und viele andere. Als Kreisky am 1. März 1970 die Wahlen gewonnen hat, war ich beruflich im Parlament tätig. Es war etwas Aufregendes. Man spürte so etwas wie den Atem der Geschichte. Es schien ja unerreichbar, dass die Sozialdemokratie zuerst eine Mehrheit (1970), dann eine absolute Mehrheit (1971) und dann eine noch größere absolute Mehrheit (1975 und 1979) erreichen konnte. Eine realpolitische Sternstunde war auch der Beitritt zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995.

Das österreichische Parlamentsgebäude wird in Kürze nach einer Kernsanierung wieder eröffnet. Braucht die politische Kultur in Österreich auch eine solche Sanierung?

Ich würde diese zwei Dinge nicht in einen direkten Zusammenhang bringen. Die Sanierung eines Gebäudes ist ein handwerksmäßiger Vorgang, eine Bauleistung, und wenn man so will, auch ein Bekennt-

nis zur Demokratie und zum Parlamentarismus. Das, was wir brauchen, ist der tägliche Pulsschlag der Demokratie, die feste und unerschütterliche Überzeugung, dass wir uns gegenseitig enormen Schaden zufügen, wenn wir eine Schwächung der Demokratie zulassen, und dass die Demokratie die gemeinsame und außer Streit stehende Grundlage unseres politischen Systems ist.

Sie haben in einer Rede von der Demokratie als Sisyphusaufgabe gesprochen. Ist dieser tägliche Pulsschlag eine Sisyphusaufgabe?

Ja, es ist eine Sisyphusaufgabe, weil die Demokratie täglich neu erarbeitet werden muss. Demokratie aufbauen und sich dann nicht mehr darum kümmern – das funktioniert nicht. Die Demokratie hält viel aus – aber sie braucht dauerhafte Pflege, Zuwendung und Bejahung. Demokratie als etwas Selbstverständliches zu betrachten ist problematisch und sogar gefährlich.

Politische Strukturen sind immer mit dem Thema Macht verbunden. Wie geht eine funktionierende Demokratie damit um?

Macht ist ein gesellschaftliches Phänomen, das aus der Realität nicht wegzudenken ist. Es gibt keine Beziehungen zwischen Menschen, ohne dass auch der Faktor Macht in diesen Beziehungen eine Rolle spielt. Die Frage ist nur, wie wird die Macht verteilt

„Demokratie ist die bestmögliche Form des Zusammenlebens von Menschen in einer Gesellschaft. Daher müssen sich die Menschen auch für die Demokratie interessieren und engagieren“, meint Fischer.



und ausgeübt? In frühen Formen unserer Geschichte, als die Macht sich weitgehend ungezügelt entwickeln konnte, sind sehr steile Machtpyramiden entstanden – also an der Spitze ein Führer, ein Kaiser, ein Befehlshaber etc., in steiler Abstufung nach unten. Und die Basis war de facto machtlos. Dieses Prinzip der Machthierarchie war Jahrhunderte hindurch vorhanden, bis der Gedanke der Gleichwertigkeit der Menschen sich immer mehr verbreitet hat und der Gedanke stärker wurde, dass Machthierarchien flacher sein sollen. Man kann also Macht nicht aus der Gesellschaft eliminieren. Aber man kann so weit wie möglich die Macht gerechter verteilen und Gegenmacht (Kontrolle) aufbauen. Und man kann somit das Konzept der Demokratie als ein Konzept bezeichnen, das sich eine gerechte Machtverteilung und Machtkontrolle zum Ziel setzt.

Wir sind in einer der größten Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte, die gesellschaftliche Ungleichheit verschärft sich. Welche Aufgabe kommt in dieser Phase den Repräsentant:innen der Demokratie zu?

Die Aufgabe ist relativ leicht zu definieren, aber nicht so leicht zu erfüllen. In einer Zeit, in der das ökonomische System erschüttert wird und Mechanismen zur Gewährleistung einer einigermaßen vernünftigen und gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung ihre Wirksamkeit verlieren, die Inflation Ersparnis und Erworbenes entwertet etc., beeinträchtigt das auch das Vertrauen in die Regierungsform und daher in die Demokratie. Daher ist das Bemühen um eine Lösung dieser Probleme, um eine gerechtere Einkommensverteilung, um Frieden, um die Vermeidung von Gewaltanwendung zur Lösung politischer Probleme zugleich ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie. Einer der größten Feinde der Demokratie ist der Krieg, da der Krieg demokratische Spielregeln durch Gewalt ersetzt und der Würde des Menschen täglich und stündlich ins Gesicht schlägt.



„Die Demokratie hält viel aus – aber sie braucht dauerhafte Pflege, Zuwendung und Bejahung. Demokratie als etwas Selbstverständliches zu betrachten, ist problematisch und sogar gefährlich“, gibt Fischer zu bedenken.

Abschließend die Frage: Welchen Beitrag leisten aus Ihrer Sicht Arbeiterkammer, ÖGB und Betriebsrät:innen gemeinsam für die Demokratie in Österreich?

Arbeiterkammer und ÖGB (dessen Mitglied ich seit 65 Jahren bin) sind große und wichtige Institutionen in unserem politischen System. Sie dienen nicht nur den Interessen der Arbeitnehmer:innen, sondern sie dienen als demokratische Einrichtungen und nach ihrem Selbstverständnis der Demokratie.

Zusätzlich dienen sie auch indirekt der Demokratie, weil die Sozialpartnerschaft, wie sie in Österreich praktiziert wird, dazu beiträgt das politische System zu stabilisieren, und weil das Bemühen um Bildung, Vision und Information zum Funktionieren der Demokratie maßgeblich beiträgt.

Ich bin daher auch immer sehr stolz, wenn ein Vertrauens-Ranking erstellt wird,

in dem die Arbeiterkammer und der ÖGB ganz oben stehen, deutlich vor der Regierung und jetzt sogar vor der Polizei, vor der Justiz und vor vielen anderen Institutionen. Daher ist für mich die Organisation von Menschen mit gleichgerichteten Interessen ein wichtiges Element des demokratischen Prozesses im weiteren Sinne des Wortes. Demokratie ist nicht nur das, was in der Verfassung steht, sondern Demokratie ist auch eine Gesinnung, eine Lebensform, die dazu führt, dass man miteinander redet, Interessen ausgleicht, Gewalt ablehnt und den Artikel 1 der Menschenrechtskonvention ernst nimmt, in dem es heißt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Solidarität begegnen.“ ▮

Danke für das Gespräch!

Der lange Weg zur Demokratie

Österreich ist eine parlamentarische Demokratie. Alle Bürger:innen können hier ihre Meinung frei äußern und haben gleiche Rechte. In freien Wahlen bestimmen sie, wer sie im Parlament vertritt. Doch das war nicht immer so – ganz im Gegenteil: Es war ein steiniger Weg dorthin.



1848–1918

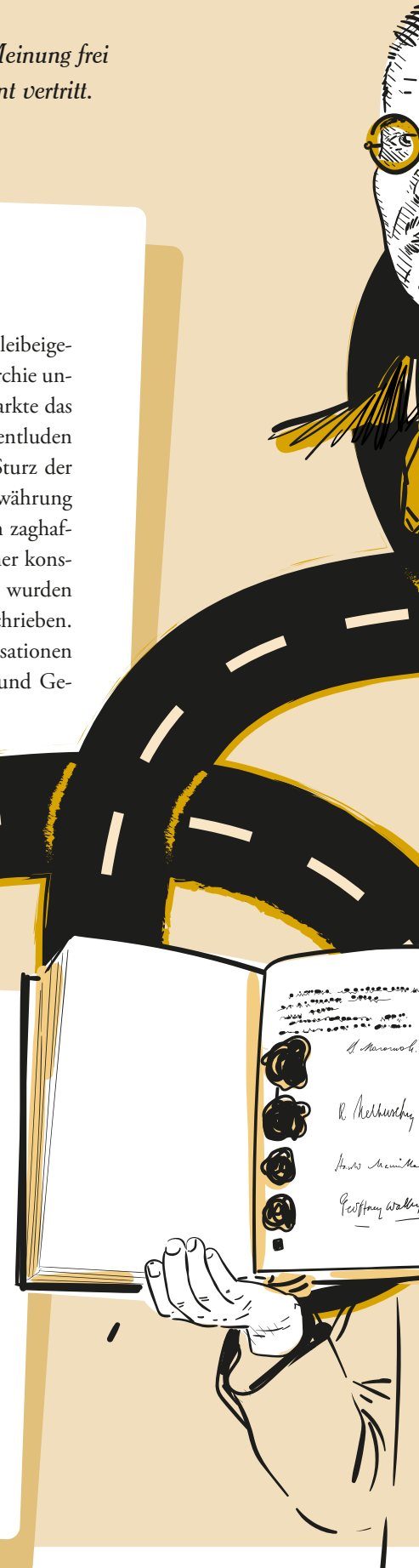
Der lange Weg zur Mitbestimmung

Seit dem Beginn der Industrialisierung litten Arbeiter:innen und (leibeigene) Bauern:Bäuerinnen in der absolutistischen Habsburger-Monarchie unter einer wirtschaftlich unerträglichen Situation. Gleichzeitig erstarkte das Bürgertum und verlangte nach mehr Rechten. Diese Spannungen entluden sich in der „bürgerlichen Revolution“ von 1848, die nicht den Sturz der Monarchie, sondern die Beseitigung des Absolutismus und die Gewährung bürgerlicher Freiheiten wollte. Die Revolution von 1848 führt in zaghafte Schritten zu den Anfängen des Parlamentarismus in Form einer konstitutionellen Monarchie. Mit der Dezemberverfassung von 1867 wurden die allgemeinen Rechte der Staatsbürger:innen erstmals festgeschrieben. Gleichzeitig bildeten sich ab 1848 die ersten Arbeiter:innenorganisationen und so die Basis für die Gründung von Arbeiter:innenparteien und Gewerkschaften.

1945–1995

Zweite Republik: Freiheit, Souveränität, Wohlstand, Gerechtigkeit

Nach dem Ende des Alptraums, der Nazi-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs, sowie der Befreiung durch die Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion wurde nach zehn Jahren Verhandlung im Jahr 1955 am 26. Oktober im Belvedere der Staatsvertrag unterzeichnet. Politisch trat an die Stelle des Konflikts der Konsens. Eine wichtige Form der Zusammenarbeit der Interessenvertretungen von Arbeitgeber:innen, Arbeitnehmer:innen und Bauern:Bäuerinnen ist die Sozialpartnerschaft. Sie entstand in den späten 1940er-Jahren. Dieser Konsens ebnete den Weg in eine lange Phase des Wohlstands und ermöglichte es, durch den Aufbau des Sozialstaates das wirtschaftliche Ungleichgewicht zu vermindern.



1918–1945

Von der Ersten Republik in die Diktatur

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs rief die provisorische Nationalversammlung am 12. November 1918 auf Antrag Karl Renners die erste österreichische Republik aus. Ende des Monats wurde das neue Wahlrecht beschlossen. Wahlberechtigt waren nun erstmals Männer und Frauen – ein Sieg der österreichischen Frauenbewegung nach jahrzehntelangem Kampf um politische Gleichberechtigung. 1922 wurde die Arbeiterkammer gegründet, und am 1. Jänner 1923 erschien mit einem Vorwort von Karl Renner und Artikeln von Ferdinand Hanusch und Julius Deutsch die erste Ausgabe von „Arbeit&Wirtschaft“.

Nach anfänglichem wirtschaftlichem Aufschwung riss die Weltwirtschaftskrise das Land ins Chaos. Die „Selbstausschaltung“ des Parlaments am 4. März 1933, der Bürgerkrieg 1934, das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften sowie das Verbot der „Arbeiter-Zeitung“ prägten die Ära des Austrofaschismus und ebneten den Weg für den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland.

1995–heute

Aufbruch nach Europa

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa änderte sich nach 1989 die Situation in Europa grundlegend. Nach einer Volksabstimmung wurde Österreich mit 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union, einer weiteren Säule des bisherigen Wohlstands und Friedens in Europa.

Wie geht's, altes Haus?

*Abhörsichere Räume, Gesichtserkennung für Abgeordnete, sprechende Aufzüge.
Für alle, die meinen, Österreichs Demokratie gehöre renoviert:
Mit dem revitalisierten Parlament ist jetzt schon mal ein guter Anfang gemacht.*

TEXT ALEXANDER FOGGENSTEINER



Das ist noch nicht wirklich aufbauend: Nach rund fünf Jahren Renovierung umgibt noch immer der Bauzaun das Hohe Haus. Auf der Schmerlingplatz-Seite macht sich auch noch ein mehrstöckiger Container-Turm breit. Aber gleichzeitig läuft schon der Countdown für die Übersiedlung der Parlamentsdirektion, der Präsidenten, der Präsidentin, der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter:innen, und zwar auf vollen Touren.

Nachdem erste Führungen durch das fast fertige Haus am Ring Nationalrät:innen und deren parlamentarischen Mitarbeiter:innen vorbehalten waren, sind nun, 45 Tage vor der offiziellen Wiedereröffnung des Hohen Hauses am 12. Jänner 2023, Medienvertreter:innen dran.

Erste Einblicke

Es ist ein herbstlich kühler Tag. Am Bauzaun tummeln sich an diesem späten Vormittag rund 80 Vertreter:innen österreichischer Medien und der Auslandspresse. Die Neugier ist groß. Mitarbeiter:innen einer Sicherheitsfirma haken Namen von Angemeldeten ab und fügen jene handschriftlich hinzu, die sich zu spät angemeldet haben. Es sind Redakteur:innen, Fotograf:innen und Kameralente. Ihr Weg führt den Schmerling-Platz entlang bis zur Rampe des Parlaments. Hier stapeln sich zahlreiche Paletten. Ausgemusterte Feuerlöscher stehen da aufgereiht wie Zinnsoldaten.

Der Tross bewegt sich die Rampe hinauf zum großen Haupteingang des Hohen Hauses. Drinnen, im Vorraum der Säulenhalle, warten alle zusammen. Jene, die Überbekleidung ablegen möchten, werden in den großen neuen Empfangsraum geleitet. Hier sind jetzt Garderoben – ohne Garderobieren, alles hat noch die Anmutung des Improvisierten.

Dann werden die Besucher:innen in zwei Gruppen geteilt. Die kleinere Gruppe wird von Rudolf Gollia, Pressesprecher des Parlaments, und Alexander Gardavsky, Leiter der örtlichen Bauaufsicht, durchs Haus geführt.

Es geht zunächst einen Stock tiefer ins ehemalige Besucher:innenzentrum, den künftigen Eingangsbereich des Hohen Hauses. Weiter drunter ist das neue ORF-Stadtstudio untergebracht. Noch tiefer sind abhörsichere „Lokale“, wie es im Parlamentssprech heißt. In diesen Räumen sollen Lauschangriffe nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen sein.

Überholspur für Mitarbeiter:innen

Von hier geht es zur neuen Sicherheitskontrolle. „Drei Scannerstraßen stehen bereit, die Flughafenstandard haben“, wie Gollia erläutert, der Hauptmann im Innenministerium war, ehe er ins Parlament wechselte. Er weiß, wovon er spricht. Die Besucher:innen werden heute allerdings nicht auf Waffen und Sprengstoff untersucht. Für Mitarbeiter:innen des Parlaments, Abgeordnete und

deren parlamentarische Mitarbeiter:innen ist eine Überholspur eingerichtet, die Gollia „Fast Lane“ nennt. Die Mandatar:innen sollen von einer Gesichtserkennung identifiziert und automatisch durchgelassen werden.

Die Medienvertreter:innen gelangen nun in das neue Besucher:innenzentrum des Hauses, die „Agora“ getauft wurde. Sie hat die Struktur eines dreischiffigen Kirchenbaus, der exakt unter der Säulenhalle liegt. Das Wort „Agora“ kommt aus dem Griechischen und heißt so viel wie „Marktplatz“. Im Hauptschiff des „Marktplatzes“ befindet sich ab sofort die Anmeldung für Besucher:innen. An den Wänden der beiden Seitenschiffe hängen Schautafeln, die vom Werden und der Geschichte der österreichischen Demokratie berichten – gleich gegenüber wartet eine Dauerausstellung über die Werte der österreichischen Demokratie. Eine Lautsprecherdurchsage unterbricht Gollias Vortrag.

Im ganzen Gebäude sind die roten Läufer mit weißer Folie abgedeckt, damit das Rot bei der Eröffnung kräftig erstrahlen kann. Und in sehr vielen Räumen befinden sich sogenannte Stelen, weil auf den historischen Wänden weder gestemmt noch gebohrt werden darf: „Der Erhalt der historischen Substanz war eine technische Meisterleistung“, erklärt Gardavsky. Daher die vielen Stelen. Das Wort „Stele“ kommt aus dem Griechischen und meint im



Fünf Jahre haben die Renovierungsarbeiten gedauert.
Ursprünglich waren dafür 350 Millionen Euro vorgesehen.
Es dürften etwa 450 Millionen werden.

konkreten Fall „Säule“. Es sind frei stehende monolithische Pfeiler, die mit allerhand Technik ausgestattet sind: Notruf, Nothalt für elektrische Türen, Tastatur, Feuermelder, Warnlampe und so weiter.

Wieder zu den Seitenschiffen: Von hier geht es zu den Garderoben, den Nassräumen, Aufzügen und Stiegenhäusern. Die wuchtigen Säulen tragen die Last der Säulenhalle oberhalb – „16 Tonnen wiegt eine Säule in der repräsentativen Halle darüber“, sagt Gardavsky. Für die neue Tragekonstruktion mussten eine Tischlerei und ein Lager weichen, wo früher Toilettenpapier gebunkert wurde. An ihrer Stelle sind jetzt vier baugleiche Stiegenhäuser. Beton und Glas dominieren – was vorher nicht schon mit Beton versiegelt war, ist es jetzt. Insgesamt wurden 10.000 Kubikmeter Ziegelschutt aus dem Hohen Haus entfernt und noch einmal so viel Erdrreich.

Hightech-Säle

Neu ist ein Mehrzwecksaal für Veranstaltungen – etwa für Kinder oder Medienvertreter:innen. Hier werden Hausarbeiter:innen viel zu tun haben, um das Mobiliar der hübschen Sitzbänke regelmäßig gegen die Klassenzimmerbestuhlung für Journalist:innen zu tauschen. Der Saal ist mit einer fast 20 Quadratmeter großen Videowand ausgestattet. Hinter der Wand liegt der Ein- bzw. Ausgang, sodass Zaungäste Pressetermine unerkannt mitverfolgen können. Durch einen elektronischen Spion können sie beispielsweise sehen, wie viele Teilnehmer:innen sie erwarten.

Ein paar Türen und Brandabschnitte weiter: ein neuer Raum. Er befindet sich direkt unterhalb des Plenarsaals: Das sogenannte „Lokal 1“ ist der Saal, der zukünftig Untersuchungsausschüsse beherbergen wird – er ist großzügig, hell, schwarzes Leder, furniertes Holz, modernste Ausstattung. Wirklich edel, die neue parlamentarische Anklagebank. Hier werden also künftig bestehende Missstände politisch untersucht werden – das ist wohl eine der wichtigsten Aufgaben, um den abgesplitterten Lack der Bundespolitik auszubessern und die angekratzte Politik wieder in ein Fahrwasser zu bringen, auf das wir stolz sein wollen.

„Respekt und Augenhöhe“

Manche sehen das Ansehen der Politik indes weniger angepatzt – Wolfgang Sobotka etwa, erster Nationalratspräsident. Auf die Frage, wie fit die Demokratie in Österreich sei, antwortet er: „Die österreichische Demokratie ist mehr als ‚fit‘, sonst hätte sie die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre nicht so gut meistern können.“

Doris Bures, zweite Nationalratspräsidentin, sieht das differenzierter: „Was sich leider in den letzten Jahren bei der Regierung des zurückgetretenen Bundeskanzlers eingebürgert hat, ist ein despektierlicher Umgang mit dem Parlament. Für eine funktionierende Demokratie ist es aber unerlässlich, dass alle verfassungsmäßigen



Erfahrungsgemäß dürfte der Saal für Untersuchungsausschüsse auch zukünftig stark frequentiert sein. Das ist auch gut so, schließlich muss die Demokratie sich wehren.

Akteur:innen mit Respekt und auf Augenhöhe kooperieren. Dahin müssen wir wieder zurückkehren.“

Duft nach frischem Leder

Einen Stock höher befindet sich der Plenarsaal, unmittelbar über dem „Lokal 1“: Der generalsanierte Raum ist eine Mischung aus Alt und Neu. Hier duftet es nach frischem Leder – es ist mattes schwarzes Rindsleder für die Überzüge der neuen Bestuhlung. Davor die schmalen Pulte der Abgeordneten mit Einlässen für Bildschirme. Jeder Platz verfügt über eine Stromsteckdose und diverse Netzkabel, damit Parlamentarier:innen stets online sein können. Mit der neuen Technik sollen auch elektronische Abstimmungen möglich werden – ein in Österreich immer wieder heiß diskutiertes Thema.

Baulich hat der Plenarsaal einen neuen Boden bekommen und ist entsprechend flacher geworden. Er ist somit rollstuhl- und auch behindertengerecht. Apropos behindertengerecht: Zur besseren Orientierung wurden im ganzen Haus für blinde und sehbehinderte Menschen Bodengravuren und die Brailleschrift in Aufzügen angebracht. Und die Aufzüge können jetzt sprechen, wie das schon in vielen anderen öffentlichen Gebäuden der Fall ist. Ob die wohlvertraute ÖBB-Stimme die Etagen ansagen wird, lässt sich beim Besuch der Medien nicht ermitteln. Und natürlich gibt es im rundum erneuerten Haus sehr viel mehr Aufzüge als früher, womit auch Besucher:innen mit Kinderwagen oder Rollstuhl besser an ihr Ziel kommen sollten. Außerdem wurden Hebe- und Treppenlifte eingebaut.

Zurück zum Plenarsaal: Ein Novum ist im Hohen Haus, dass Redner:innen nun am Pult des modernisierten Plenarsaals in der Mitte der Regierungsbank stehen – genauso wie es schon jetzt im Ausweichquartier, dem Containerdorf auf dem Heldenplatz, der Fall ist. Seine Tage sind übrigens gezählt. Und die letzten Tage vor der



Modernisierung ja, aber mit Charme: Die alten Nussholzplatten wurden abgeschraubt, nummeriert und nach der Sanierung wieder an ihren ursprünglichen Platz montiert.

Übersiedlung werden genützt, um Baufalten auszubügeln – etwa die Akustik im Plenarsaal: Rund 50 Tage vor dem Neustart wurde nun endlich auch dieses Problem gelöst; es war eine Probesitzung mit 183 Komparsen nötig, um das Flatterecho zu beseitigen.

Der ganze Raum wurde wirklich aufwendig modernisiert. Hier blieb für einige Zeit im übertragenen Sinn fast kein Stein auf dem anderen. Sogar alle Nussholzplatten, die die Innenwände seit den 1950er-Jahren verzieren, wurden nummeriert, entfernt und nach der Revitalisierung wieder an der ursprünglichen Stelle angeschraubt – ebenso der Bundesadler, der in einer Schmiede in Oberösterreich überholt wurde. Alte Luster wurden gereinigt, generalüberholt und neu verkabelt.

Ebenfalls erhalten geblieben sind neben den alten Telefonzellen die Loge des Bundespräsidenten und jene der Diplomatinen sowie die Sprechzimmer – Erstere aus Denkmalschutzgründen, Letztere, damit sich Abgeordnete zwischendurch weiterhin besprechen können. Beratungen haben sichtlich auch während der Bauarbeiten stattgefunden, denn in einem der Sprechzimmer finden sich Reste von Brötchen. Die Reinigungsgrupps im Parlament haben ihre Betriebstemperatur noch nicht ganz erreicht.

Die neue verglaste Kuppel dämpft mit ihren Akustiksegeln nicht nur den Schall. Durch sie können Bauarbeiter, Tagesgäste und ab Jänner die Abgeordneten in den Himmel schauen. Sie können sich nicht nur den Reden, sondern auch dem Spiel der Wolken, dem Flug von Flugzeugen und dem Glitzern von Sternen hingeben.

Schutz vor Erdbeben, Feuer und Journalist:innen

Das revitalisierte Hohe Haus ist selbstverständlich erdbebensicher – alte Dippelbaumdecken wurden mit Beton ausgegossen. Und auch der Brandschutz wurde enorm verbessert: „Da das Parlament in der Vergangenheit ein einziger Brandabschnitt war, wäre es wohl 2021

behördlich geschlossen worden“, mutmaßt der Leiter der örtlichen Bauaufsicht, Gardavsky. Im revitalisierten Gebäude gibt es nun viele neue Brandabschnitte – mit weitreichenden Auswirkungen: Während sich Medienvertreter:innen vor dem Umbau im Hohen Haus weitgehend frei bewegen konnten, „ist unsere Bewegungsfreiheit ab 12. Jänner stark eingeschränkt“, beklagt sich ein Schweizer Journalist beim Presserundgang. Die Treppe von der ersten Etage der Galerie zum Plenum ist schlichtweg abgerissen worden. Der kürzeste Weg zu den Madatar:innen ist damit Geschichte.

Der Wow-Effekt

Die neuen Stiegenhäuser und Aufzüge führen hinauf bis unters Dach. Durch all die baulichen Maßnahmen hat das Haus am Ring jetzt 10.000 Quadratmeter mehr Nutzfläche – „in Summe stehen jetzt mehr als 50.000 Quadratmeter zur Verfügung“, sagt Gardavsky. Anstelle der verstaubten Dachböden sind hier jetzt ein Restaurant, eine Kantine und ein Bistro.

Ebenfalls neu: das „Plenarium“ – ein seitlich und nach oben hin verglaster Besucher:innenbereich mit einem atemberaubenden Blick in den Plenarsaal, die Galerien und in den Himmel. Schon allein, um diesen Wow-Effekt zu erleben, lohnt sich der Besuch im Parlament. Unmittelbar daneben befindet sich die Demokratiewerkstatt für Kinder: „Sie sollen es einmal besser machen“, sagt eine Journalistin. Der Parlamentspräsident sieht in dem sanierten Parlamentsgebäude „eine Vielzahl an Möglichkeiten, Demokratie für die Menschen noch erlebbarer zu machen“. 200.000 Menschen sollen das Hohe Haus künftig jedes Jahr besuchen – so der ambitionierte Plan.

Bleibt zu hoffen, dass sich noch irgendwo auch ein Raum für eine Reparaturwerkstatt findet, damit sich auch das politische System einem Service unterziehen kann, wenn das nötig ist. ▀

Vertrauen gewinnt man mit Transparenz

Wolfgang Sobotka, Präsident des österreichischen Nationalrats, sieht eine der größten Gefahren darin, dass unsere Demokratie durch eine „Emokratie“ ersetzt wird.

INTERVIEW EVA WINTERER

Arbeit&Wirtschaft: Das Parlament wurde nicht nur renoviert, sondern von Grund auf saniert und modernisiert. Was braucht die österreichische Demokratie, um wieder so fit zu sein?

Wolfgang Sobotka: Die österreichische Demokratie ist mehr als „fit“, sonst hätte sie die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre nicht so gut meistern können. Wir leben gerade in einer Zeit, in der sich viele Menschen einfache Antworten wünschen und die Parteien, die diese einfachen Antworten liefern, sich großen Zuspruchs erfreuen. Wenn es hingegen um komplexe Sachverhalte geht, tun sich Regierungsparteien mit einfachen Antworten schwerer. Es muss der Politik also wieder gelingen, schwierige Sachverhalte verständlich zu erklären. Entscheidend sind für mich Stabilität, Orientierung, ein Dialog auf Augenhöhe und Transparenz.

Wie aktuelle Umfragen belegen, schwindet das Vertrauen in die Demokratie. Was sind die Ursachen?

Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Demokratie durch eine „Emokratie“ ersetzt wird, in der nicht Fakten und Sachlichkeit, sondern einzig Emotionen und Stimmungsbilder entscheidend sind. Kritik ist das Wesen der Demokratie. Auch wenn die derzeitige Situation mit ihren multiplen Krisen extrem schwierig und herausfordernd für viele Menschen ist, darf der Rechtsstaat

niemals unterwandert, seine demokratischen Strukturen niemals beschädigt und das friedliche Zusammenleben niemals in Frage gestellt werden. Demokratie ist weder ein Geschenk noch ist sie selbstverständlich. Eine funktionierende Demokratie braucht ein solides und stabiles Fundament, das es jeden Tag aufs Neue zu verteidigen gilt.

Skandale erschüttern die österreichische Politik: Was muss passieren, damit die Menschen wieder zu politischen Vertreter:innen aufschauen, und was können und sollen diese tun, um das verlorene Vertrauen wieder zurückzugewinnen?

Vertrauen gewinnt man durch Transparenz. Heute wird die Demokratie nicht nur von

den Repräsentant:innen im Parlament gelebt, sondern sie ist zu einem durchgängigen gesellschaftlichen Prinzip geworden. In den Familien entscheidet nicht nur einer, sondern sehr oft die Kinder gemeinsam mit ihren Eltern. De facto ist Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar. All das stimmt mich zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, das teilweise gesunkene Vertrauen durch harte Arbeit wieder zurückzugewinnen. Das Parlament ist ein offenes Haus für alle Bürger:innen. Aber es ist auch enorm wichtig, dass wir die Arbeit des Parlaments aktiv nach außen tragen. Man muss Themen konsequent verfolgen, kalkulierbar sein und Haltung zeigen. Das bringt Vertrauen. ▀



Wolfgang Sobotka (ÖVP) ist Präsident des Nationalrates. Von 2016 bis 2017 diente er als Innenminister. Davor war er Landeshauptmann-Stellvertreter in Niederösterreich.

Mit Respekt und auf Augenhöhe

*Doris Bures, zweite Präsidentin des österreichischen Nationalrats,
beklagt einen despektierlichen Umgang
mancher Regierungsvertreter:innen mit dem Parlament.*

INTERVIEW EVA WINTERER

Arbeit&Wirtschaft: Das Hohe Haus war in den vergangenen Jahren eine Baustelle. Nun ist das Parlament nicht nur renoviert, sondern von Grund auf saniert und modernisiert. Was braucht die österreichische Demokratie, um wieder so fit zu sein?

Doris Bures: Was sich leider in den letzten Jahren bei der Regierung des zurückgetretenen Bundeskanzlers eingebürgert hat, ist ein despektierlicher Umgang mit dem Parlament. Für eine funktionierende Demokratie ist es aber unerlässlich, dass alle verfassungsmäßigen Akteur:innen mit Respekt und auf Augenhöhe kooperieren. Dahin müssen wir wieder zurückkehren. Das Parlament ist die

Herzkammer der Demokratie, hier agieren die gewählten Volksvertreter:innen. Das muss einer Regierung stets bewusst sein!

Wie aktuelle Umfragen belegen, schwindet das Vertrauen in die Demokratie. Welche Baustellen hat die österreichische Demokratie? Und was sind ihre Ursachen?

Wie schon gesagt, Respekt vor den Akteur:innen der parlamentarischen Demokratie ist essenziell. Vor allem muss sich die Politik wieder in ihrer Gesamtheit zu Moral und Integrität bekennen. Das Strafgesetzbuch ist eben nicht der entscheidende Maßstab für die Politik, wie das zuletzt oft

fälschlicherweise behauptet wurde. Ebenso muss es einen unzweideutigen Umgang mit dem Rechtsstaat und der Medienwelt geben. Die Angriffe auf die Justiz und der wenig subtile Druck auf die Medien – Stichwort: Message Control – sollten der Vergangenheit angehören.

Österreichs Politik ist in letzter Zeit durch Skandale erschüttert worden: Was muss passieren, damit die Menschen in Österreich wieder zu politischen Vertreter:innen aufschauen können? Und was können und sollen die Repräsentant:innen des Hohen Hauses – die 183 Nationalratsabgeordneten, 61 Bundesrät:innen und drei Präsident:innen tun, um das verlorene Vertrauen wieder zurückzugewinnen?

Die gewählten Vertreter:innen der österreichischen Bevölkerung haben die Interessen der Österreicher:innen bestmöglich zu vertreten, und sie tun dies auch in ihrer großen Mehrzahl. Das Vertrauen wurde zuletzt durch einzelne Akteur:innen erschüttert, die einzig und allein die Macht- und wirtschaftlichen Interessen einiger weniger im Auge hatten und bei diesem zynischen Machtspiel kolossal gescheitert sind. Ich bin davon überzeugt, dass durch ehrliches politisches Engagement, das auf die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen dieses Landes fokussiert ist, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückgewonnen werden können. Dazu werde ich jedenfalls meinen Beitrag leisten! ▀



Doris Bures (SPÖ) ist Nationalratsabgeordnete und zweite Nationalratspräsidentin. Von 2008 bis 2014 war sie Ministerin für Verkehr, Innovation und Technologie.

Schlechte Nachrichten

Rufschädigende Chats, Kostenexplosionen und eine Bundesregierung, die die älteste Tageszeitung der Welt beerdigt: Österreichs Qualitätsjournalismus steckt in einer existenzbedrohenden Krise.



Mit den Worten „Das haben wir nötig gehabt wie einen Kropf“ bringt es ein Kollege dieser Tage auf den Punkt. Die Chat-Affäre, die die Chefredakteure Rainer Nowak („Die Presse“) und Matthias Schrom (ORF 2) zu Recht zum Rücktritt gezwungen hat, wirft ein extrem schlechtes Licht auf die Arbeit von Österreichs Journalist:innen. Während Schrom sich mit dem damaligen Vizekanzler Heinz Christian Strache (FPÖ) zur inhaltlichen ORF-Berichterstattung und Personalwünschen der FPÖ austauschte, hatte Nowak mit dem damaligen Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, über seine mögliche Position an der ORF-Spitze geschattet.

Klar muss hier aus Sicht der Journalist:innengewerkschaft in der GPA zweierlei sein: Vernadern von Kolleg:innen geht gar nicht – und eine rote Linie ist nicht erst bei strafrechtlich relevanten Handlungen überschritten. Denn das wichtigste Gut von Qualitätsjournalismus ist die Glaubwürdigkeit. Diese wiederum bedingt die Unabhängigkeit der Berichterstattung. Und in diese hatten viele Medienkonsument:innen schon

vor dem Bekanntwerden der Chats nur noch wenig Vertrauen. Das zeigt sich regelmäßig im Vertrauensindex, in dem sich die Medien gemeinsam mit der Politik die hinteren Plätze teilen müssen.

Anflug von „Verhaberung“?

Dieses schlechte Abschneiden der Medien wird den vielen unabhängig und kritisch hinterfragenden Journalist:innen nicht gerecht. Damit diese Positionierung wieder besser wird, muss an mehreren Stellschrauben gedreht werden. Da muss klar sein und immer wieder klar gemacht werden, dass journalistische Arbeit nicht käuflich ist. Jeder Anflug von „Verhaberung“ ist daher zu vermeiden. Distanz zur Politik muss oberstes Gebot sein.

Viel ist in den vergangenen Monaten von der Inseratenaffäre, von frisierten Umfragen und gekauftem Journalismus die Rede gewesen. Dazu kam die Wortspende von höchster parlamentarischer Stelle, wonach es natürlich für ein Inserat auch ein Gegengeschäft gebe. Für Qualitätsjournalismus ist dies jedoch ein No-Go: Die einzige Gegenleistung, die es für ein Inserat in einem Qualitätsmedium geben kann, ist der Platz, den das Inserat im jeweiligen Medium einnimmt. Einfluss auf die Berichterstattung darf es nicht geben. Das gilt auch für sogenannte Medienkooperationen und dabei nicht nur für die Politik im Bund, in den Ländern und Gemeinden, sondern für jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens im Land.

Für die Medienhäuser heißt es, dringend eine Hausaufgabe zu erledigen: Sie müssen glaubhaft machen, dass Inserate keinerlei

Einfluss auf die Berichterstattung in ihren Redaktionen haben. Denn: Wo Propaganda gedeiht, stirbt die Pressefreiheit.

Ebenso wichtig, um Vertrauen zurückzugewinnen, ist es, Fehler einzugestehen. Wo Menschen arbeiten, können Fehler passieren. Sie nicht zu benennen schmälert die Glaubwürdigkeit.

Am besten ist es freilich, Fehler so gut es geht zu vermeiden. Dafür benötigt die Medienbranche unbedingt Rahmenbedingungen, unter denen unabhängiger und qualitätsvoller Journalismus gedeihen kann. Das ist aber nicht möglich, wenn aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in der Branche (Explosion der Kosten vor allem für Energie und Papier) die Redaktionen tot gespart werden. In den vergangenen Jahren ist – im Gegensatz zu den PR-Abteilungen in den Ministerien – die Zahl journalistischer Mitarbeiter:innen überall kleiner geworden – wenn schon nicht die Kopfzahl, so zumindest jene der Vollzeitäquivalente. Zugleich sind mehr Plattformen zu betreuen (Print, Online, Podcast, Radio, TV). Da ist qualitätsvoller Journalismus immer schwerer zu gewährleisten.

Grob vernachlässigte Unterstützung

Es bedarf daher unbedingt einer Unterstützung des Mediensektors. Diese Förderung ist in den vergangenen Jahrzehnten von den Bundesregierungen grob vernachlässigt worden. Dies bezieht sich nicht nur auf die Höhe der Beträge, sondern auch auf die konkrete Ausgestaltung, wofür es Förderungen geben soll. Immerhin ist hier positiv anzumerken, dass es mittlerweile



EIKE-CLEMENS KULLMANN

Geboren 1962,
ist Vorsitzender der
Journalist:innengewerkschaft.



Die transparente Architektur täuscht über die Natur der Sache hinweg. Das neue Parlament gewährt Besucher:innen und Journalist:innen deutlich weniger Zutritt als früher. Deren Arbeit wird eher erschwert.

ein bisschen Bewegung gibt. Das betrifft einerseits die Erhöhung der Beträge selbst, andererseits ist auch der Ansatz erkennbar, Förderungen endlich an Qualitätskriterien zu knüpfen – was die Journalist:innengewerkschaft in der GPA seit Jahren permanent eingefordert hat.

Schwächliche Finanzspritze

Auch wenn, wie gesagt, endlich Bewegung zu registrieren ist, ist schon alleine der im neuen Bundesgesetz zur „Förderung des qualitätsvollen Journalismus in Medien des Print- und Online-Bereiches“ vorgesehene Finanzrahmen (20 Millionen Euro) vor dem Hintergrund der Bedeutung der Erfüllung gesellschafts- und demokratiepolitischer Aufgaben bei Weitem nicht ausreichend.

Was aber müssen die Qualitätskriterien sein? Dazu gehört unabdingbar die Mitgliedschaft im Presserat (was sich leider nicht im Gesetzesentwurf der Bundesregierung findet). Die Selbstregulierungseinrichtung der Journalist:innen- und Verleger:innenverbände dient der redaktionellen Qualitätssicherung sowie der Gewährleistung der Pressefreiheit. Mit der Mitgliedschaft im Presserat, dessen Zuständigkeit übrigens auf alle Medienplattformen ausgeweitet wer-

den muss, wird auch der Ehrenkodex der österreichischen Presse anerkannt. Dieser schreibt Regeln für verantwortungsvolles journalistisches Handeln fest, zeigt Missstände auf und wirkt diesen entgegen. Um eine Sicherstellung dieser ethischen Richtschnur und deren Überprüfung zu gewährleisten, muss der Presserat allerdings auch mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein.

Verbriefte Mitsprache

Um qualitätsvollen Journalismus in den Redaktionen überhaupt gewährleisten zu können, bedarf es einer Mindestzahl an angestellten Journalist:innen – und zwar nach den Kriterien journalistischer Kollektivverträge – sowie der Anerkennung des Journalistengesetzes. Bei freien Journalist:innen muss zudem Schluss sein mit den derzeitigen Hungerlöhnen, es bedarf fairer Honorarsätze.

Was die eingangs erwähnte Chat-Affäre rund um zwei Chefredakteure ebenfalls gezeigt hat, ist: Die Unabhängigkeit der Redaktionen und somit deren Immunität gegenüber jedweder Einflussnahme von außen müssen dringend gestärkt werden. Eines der wirksamsten und wesentlichsten Elemente für die Journalist:innengewerk-

schaft in der GPA ist die Verpflichtung zu Redaktionsstatuten. Diese müssen klare Richtlinien in Form von verbrieften Rechten der Redakteur:innen beinhalten und vor allem neben der Wahl von Mitgliedern der Chefredaktion auch die Abwahl derselben möglich machen. Im Übrigen ist es eine unzulässige Vermischung, wenn Chefredakteur:innen gleichzeitig Geschäftsführer:innen sind.

Existenziell wichtig für qualitätsvollen Journalismus ist auch eine professionelle Aus- und Weiterbildung. In Österreich gibt es gute und an der Zahl ausreichende Aus- und Weiterbildungsstätten. Allerdings haben diese allesamt das Problem, dass die Budgets der darauf spezialisierten Einrichtungen zu gering bemessen sind – nicht zuletzt deshalb, weil die entsprechenden Förderungen deutlich zu gering sind und die Medienunternehmen ausgerechnet in diesem so wichtigen Bereich sparen.

Verstaatlichung der Aus- und Weiterbildung

Die bestehenden Einrichtungen zur Aus- und Weiterbildung haben über viele Jahre und Jahrzehnte eine Expertise aufgebaut. Doch anstatt diese zu nutzen und mit entsprechenden Mitteln zu fördern, plant die

„Die einzige Gegenleistung, die es für ein Inserat in einem Qualitätsmedium geben kann, ist der Platz, den das Inserat im jeweiligen Medium einnimmt.“

Bundesregierung jetzt unter dem „Dach“ der „Wiener Zeitung“ einen neuen, großen Player aufzubauen. Wie für den Beruf selbst, so hat auch die Aus- und Weiterbildung in einem Rahmen zu erfolgen, der Unabhängigkeit gewährleistet. Eine Ausbildungsstätte im Eigentum der Republik kann dies nicht. Dieser „Media Hub Austria“ würde nämlich eine De-facto-Verstaatlichung der journalistischen Aus- und Weiterbildung bedeuten, da er direkt dem Kanzleramt unterstellt und weisungsgebunden wäre – eine weitere PR-Abteilung für die Politik, wofür die Bundesregierung sechs Millionen Euro Steuergeld jährlich zur Verfügung stellen will, ein Vielfaches von dem, was die bestehenden Aus- und Weiterbildungseinrichtungen (darunter die private, sozialpartnerschaftlich geführte Medienakademie) erhalten.

Zugleich fehlen besagte sechs Millionen Euro für den Weiterbestand der „Wiener Zeitung“. Diese wurde heuer 319 Jahre alt, ist damit die älteste bestehende Tageszeitung der Welt und steht im Eigentum der Republik. Von der Politik wird immer wieder auf die Bedeutung qualitätsvoller Medien für eine funktionierende Demokratie hingewiesen, gleichzeitig wird der „Wiener Zeitung“ aber von der Bundesregierung als Eigentümervertreterin die wirtschaftliche Basis dramatisch verkleinert.

Die Bundesregierung stiehlt sich mit dem neuen Gesetz über die „Wiener Zei-

tung“ aus ihrer Verantwortung. Mit einem fast ausschließlich als Online-Ausgabe ins Netz verbannten Produkt entpuppen sich die Koalitionäre ÖVP und Grüne als Totengräber der „Wiener Zeitung“. Geflissentlich wird hier zudem negiert, dass es von privater Seite durchaus Interesse an einer – dann eben nicht mehr im Staatsbesitz stehenden – Tageszeitung gibt; eine Schande für diese Bundesregierung und den Medienstandort Österreich.

Amtsgeheimnis ade

Ein besonderes Ärgernis, das nicht zuletzt dazu beiträgt, dass Österreich seit Jahren im internationalen Ranking der Pressefreiheit zurückfällt, ist das Amtsgeheimnis. Es bedarf daher endlich eines Informationsfreiheitsgesetzes, mit dem besagtes Amtsgeheimnis abgeschafft wird. Der bisher vorliegende Entwurf ist allerdings in vielen Punkten nicht auf der Höhe der Zeit. Hier sind Nachbesserungen dringend erforderlich. So können etwa bis zu zwei Monate vergehen, bis man die gewünschten Informationen erhält. Das ist nicht nur für Journalist:innen inakzeptabel – es arbeitet schließlich niemand für den 100-jährigen Kalender. Dazu kommt, dass jede Information noch damit steht und fällt, ob sie in irgendeiner Form der Geheimhaltung unterliegt. Um hier Transparenz sicherzustellen, bedarf es eines: einer von der Journalist:innengewerkschaft

geforderten Informationsfreiheitsbeauftragten, der:die unabhängig agieren kann.

Dem ORF wieder glauben

Qualitätsjournalismus betrifft nicht nur private Print-, Online- und elektronische Medien. Er ist unabdingbar mit dem Österreichischen Rundfunk (ORF) verbunden. Dieser muss auch in Zukunft gebührenfinanziert und auf diese Weise sichergestellt werden. Wir brauchen einen rechtlich unabhängigen Rundfunk und keinen am Gängelband irgendeiner Regierung hängenden Staatsfunk. Der ORF-Redaktionsausschuss hat folgerichtig als Konsequenz aus der Affäre rund um Matthias Schrom in einer Resolution einen „gläubwürdigen Neustart mit Journalist:innen an der Spitze der Redaktionen gefordert, die ohne parteipolitische Punzierung die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung wiederherstellen können“. Es dürfe keine Form der politischen Einflussnahme geben. Mit einem Stiftungsrat, der über sogenannte Freundeskreise de facto rein parteipolitisch besetzt ist, wird dies allerdings kaum möglich sein.

Die Berichterstattung – egal übrigens, auf welcher Plattform – darf durch nichts anderes geprägt sein als durch journalistische und damit unabhängige Kriterien. Nur so kann die Medienbranche das Vertrauen in ihre Arbeit zurückgewinnen. ▀

Ich meine, also bin ich

Denkwürdig: Walter Hämmerle, Chefredakteur der „Wiener Zeitung“, über das Recht auf eine eigene Meinung und andere Notwendigkeiten in einer zusehends unübersichtlichen Welt.

Keine Meinung zu haben ist ein Mangel geworden in einer Welt, in der praktisch jede:r zu fast allem eine Meinung hat und haben will – jedenfalls so ungefähr und aus dem Bauch heraus.

Daran ist nichts falsch. Meinungsfreiheit ist ein hohes, sehr hohes Gut. Der Kampf darum, die eigene Meinung und Gedanken frei und laut sagen zu können, war lang und mitunter blutig. Als „un des droits les plus précieux de l’homme“ – auf Deutsch „eines der kostbarsten Rechte des Menschen“ – wird das Recht, die eigene Meinung und Gedanken frei zu äußern, in Artikel 11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der Französischen Revolution von 1789 bezeichnet, und noch heute gilt dieses Recht als ein eminent wichtiger Maßstab für den Zustand eines liberalen demokratischen Rechtsstaates. Dabei ist zu beachten: Dieses Recht ist nie selbstverständlich, sondern muss immer und immer wieder aufs Neue verteidigt und erkämpft werden. Es gibt schließlich mindestens tausendundeinen Grund, warum es irgendwem irgendwo aus irgendwelchen Gründen nicht passt, dass

Menschen frei heraus sagen können, was sie sich eigentlich denken.

Bauchgefühlte Meinung

Mit Wahrheit, das ist mittlerweile ebenfalls wichtig festzuhalten, hat das Recht auf freie Meinungsäußerung nichts zu tun. Niemand soll jemandem verbieten dürfen, seine Gedanken und Überzeugungen öffentlich zu verkünden, weil diese irrig sind (wichtige Einschränkung: es sei denn, diese Meinung verstößt gegen das Freiheitsrecht anderer).



WALTER HÄMMERLE

geboren 1971,
ist Chefredakteur der
„Wiener Zeitung“.

Wenn jemand unbedingt glauben möchte, die Erde sei eine Scheibe, der Weltuntergang nahe oder die Evolution eine Erfindung, dann soll er:sie das laut sagen können. Der:diejenige muss allerdings damit rechnen, dass falschen Behauptungen bzw. auch Unsinnigkeiten mit Widerspruch, mitunter auch heftigem, begegnet wird. Trotzdem haben die allermeisten Menschen, selbst wenn sie keine Expert:innen sind, ein gesundes und intaktes Bauchgefühl dafür, was eher richtig und was eher falsch ist, was in ihrem ureigensten Interesse ist und welche Maßnahmen sich gegen dieses richten. Und dann gibt es da ja auch noch eine institutionalisierte Öffentlichkeit, zu der neben den Wissenschaften unter anderen auch die Medien zählen, deren Konflikte und Debatten dazu da sind, dass sich ein wissenschaftlicher wie gesellschaftlicher Konsens darüber entwickelt, was sich mit empirischen Tatsachen belegen lässt und was nach dem jeweiligen Wissensstand als weitgehend durchgeknallt gelten darf.

An dieser Stelle ist ein kurzer Einschub in Sachen Mensch, Wissenschaft und Demut



angebracht, denn die jüngere Vergangenheit, insbesondere der Umgang mit der Pandemie, hat hier für einige Verwirrung gesorgt: Wissenschaftlichkeit, das wird oft vergessen oder verdrängt, ist ein strukturiertes Verfahren, das auf Wissenserwerb ausgerichtet ist. Erkenntnisse gelten dabei so lange als „wahr“, solange sie nicht empirisch widerlegt sind. Das ist ein relativ junges Verfahren, keine 300 Jahre alt, weshalb die Geschichte der Menschheit auch eine der großen Irrungen und Verwirrungen ist. Die Menschheit hat, wie wir heute wissen, in den vergangenen

Jahrtausenden schon den größten Unsinn unbedingt als richtig glauben wollen; und es gibt keine Sicherheit, dass wir nicht auch jetzt noch gravierenden Irrtümern aufsitzen, einfach weil wir es (noch?) nicht besser wissen (können oder wollen).

Wahrheiten auf Zeit

Wir reden also von Wahrheiten auf Zeit, von denen sehr viele sehr, sehr gut belegt sind, etwa was die Form der Erde und die Rolle der Evolution angeht, andere dagegen

noch weitgehend spekulativ sind, weil diesbezüglich noch wenig konkretes Wissen existiert. Die Folgen und die weitere Entwicklung eines neuen Virus sind ein Beispiel für Letzteres. Entscheidungen müssen trotzdem getroffen werden, so oder so, und in Zeiten großer Unsicherheit ist große Vorsicht nicht unbedingt der schlechteste Rat – schließlich war es zu Beginn eine offene Frage, wie tödlich dieses neue Virus tatsächlich sein würde. Etwas Gutes hatte die Pandemie trotzdem: die Erkenntnis, dass es nicht *die* Wissenschaft geben kann, sondern viele Perspektiven auf ein Problem, und dass von unterschiedlichen Standpunkten aus betrachtet auch unterschiedliche beste Lösungen herauskommen können, die oft auch noch miteinander in Widerspruch stehen. Das war keine leichte Lektion, und Menschen, Politik, Wissenschaft und Medien mussten damit erst umgehen lernen – und dies vor den Augen aller Bürger:innen. Das hat, so ehrlich müssen wir sein, für Störungen im Verhältnis zwischen manchen Regierten und ihren Regierenden und Eliten gesorgt, die bis heute nachhallen.

„Das Wichtigste ist, dass in einer Gesellschaft die Menschen trotz aller Auffassungsunterschiede miteinander im Gespräch bleiben.“

Walter Hämmerle, Chefredakteur
der „Wiener Zeitung“



Die erste Ausgabe der „Wiener Zeitung“ erschien am 8. August 1703. Seit 2016 gehört sie zum Weltdokumentenerbe der UNESCO. Sie ist außerdem das Amtsblatt der Republik Österreich.

Dass Menschen ihr Recht auf eine eigene Meinung nicht nur einfordern, sondern auch ausleben, ist eine historische Errungenschaft. Eine Gesellschaft zu organisieren wird dadurch zwar nicht einfacher, aber das ist ja auch nicht der Sinn der Sache. Demokratie hat nicht zum Ziel, den Politiker:innen das Regieren zu erleichtern. Es bringt aber auch wenig, allfällige Herausforderungen zu verschweigen.

Gebildet und schwierig

Ivan Krastev, der bulgarischstämmige und ausnehmend helllichtige Europa-Deuter, und der britische Journalist und Autor David Goodhart haben in einem Gespräch miteinander die, wie ich finde, originelle These aufgestellt, dass Gesellschaften umso schwieriger zu regieren seien, je gebildeter ihre Bürger:innen sind. Dies deshalb, weil gebildete Menschen ihre einmal geformten Überzeugungen, in die sie viel Zeit und Aufwand investiert haben, nicht einfach wieder aufgeben. Zudem sind sie eben felsenfest davon überzeugt, ein Recht auf ihre mit viel Mühe erworbene Meinung zu haben. Das gilt wohl vor allem für weltanschauliche Fragen – und das vor dem Hintergrund eines grassierenden Vertrauensverlusts der Menschen in die Politik und etablierte Institutionen. Wer überzeugt ist, dass er:sie selbst recht und sein:ihr Gegenüber unrecht hat, dessen:deren erste Reaktion ist nicht unbedingt Toleranz für Andersdenkende und Andersseiende – was zum bemerkenswerten Paradoxon führt,

dass es nicht selten die Bildungsschichten sind, die sich in gesellschaftspolitischen Fragen, die nicht von Tatsachen, sondern von Werthaltungen geprägt sind, mitunter besonders intolerant verhalten.

Es ist, Sie sehen es, alles sehr kompliziert. Eine eigene Meinung zu haben und laut sagen zu können ist ein Menschenrecht. Umgekehrt muss sich keine:r an die Meinung anderer halten, jede:r kann dagegen argumentieren, selbst wenn das zu einem Schreien ausartet, sodass am Ende niemand mehr etwas verstehen kann (rein akustisch und mitunter auch inhaltlich). Das Wichtigste ist deshalb, dass in einer Gesellschaft die Menschen trotz aller Auffassungsunterschiede miteinander im Gespräch bleiben. Das gilt im ganz Kleinen, in der Familie und im Dorf, wie im Großen, einem Staat oder Staatenbund, und auch im Globalen. Schließlich existieren genug Probleme und Herausforderungen, für die sich gemeinsame Lösungen finden müssen, weil nicht irgendetwas Lösungen einfach einer Seite gegen ihren Willen übergestülpt werden können.

An dieser Stelle kommen Medien ins Spiel. Die Autorität der ehemaligen Autoritäten wirkt nicht mehr, was im Übrigen nicht nur für Parteien, Regierungen, Magnifizenzen und Eminenzen negative Folgen hat, sondern auch für die sogenannten etablierten Medien. Keine:r verfügt mehr über die Macht, einfach zu behaupten: „Mir nach!“, und die große Mehrheit aller anderen trottet folgsam hinterher. Stattdessen muss der Konsens in jeder Gemein-

schaft, sei sie nun sehr klein oder sehr groß, mühsam erarbeitet werden – und dies auch noch immer wieder aufs Neue.

Konsens gegen Kakophonie

Klassische Medien erfüllen in diesem Prozess die Rolle von Organisatoren und Mediatoren, selbst dann, wenn sie über eine konkrete inhaltliche und/oder weltanschauliche Redaktionslinie verfügen. Indem sie Fragen aller Art aufgreifen, die für das Zusammenleben relevant sind, und dabei möglichst viele, aber auf jeden Fall die repräsentativen und relevanten Perspektiven und Haltungen miteinbeziehen, deren Argumente, pro wie contra, präsentieren, selbst einordnen und mögliche Folgeabschätzungen skizzieren, schaffen sie überhaupt erst die Voraussetzung, dass sich möglichst viele Menschen zur gleichen Zeit über die gleichen Themen mit einem vergleichbaren Wissensstand austauschen. Ohne diese grundlegende Dienstleistung sind demokratische Entscheidungen in einer Massengesellschaft unmöglich. Die Alternative wäre eine Kakophonie der Meinungen und Überzeugungen ohne Aussicht auf Konsens.

Diese dienende und organisierende Aufgabe klassischer Medien ist in unserer unübersichtlichen Gegenwart mindestens so wichtig wie ihre Aufgabe als inhaltliche Orientierungsgeber. Eine Meinung hat schließlich jede:r schnell einmal. Aber das allein bringt uns als Gesellschaft noch nicht weiter. ▀

Boris Ginner, bildungspolitischer Referent der AK Wien

Zusammengefasst von Eva Winterer

Reich wählt, arm fehlt – Demokratie am Kippen

Die parlamentarische Demokratie hat ein Problem: Menschen mit weniger Einkommen gehen weniger oft zur Wahl, und immer mehr Menschen haben überhaupt kein Wahlrecht. Das Prinzip der demokratischen Gleichheit wird untergraben, das politische System hat immer größere Legitimitätsprobleme. „Ich habe nicht den Eindruck, dass Wahlen etwas mit mir und meinem Leben zu tun haben. Für mich bleibt das Leben immer gleich schlecht.“ Aussagen wie diese, getätigt von Wiener Nichtwähler:innen, bringen auf den Punkt, warum immer mehr Menschen der Demokratie und dem politischen System gänzlich den Rücken kehren. Die Mobilisierung der Arbeiter:innen bei Wahlen ist in den letzten Jahrzehnten in sich zusammengebrochen. Dabei war es die Arbeiter:innenbewegung, die das allgemeine Wahlrecht mit dem Ziel erkämpfte, durch ein starkes Votum der arbeitenden Klasse an der Wahlurne bessere Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen für alle durchzusetzen. Jahrzehntelang gelang es, in traditionellen Arbeiter:innenbezirken höhere Wahlbeteiligungen zu erzielen als in bürgerlich geprägten Bezirken.

Ein Blick auf die Nationalratswahlen 2019 zeigt, dass sich dieses Verhältnis völlig umgekehrt hat: Die Beteiligung in Arbeiter:innenbezirken ist stark gefallen, teilweise um bis zu 20 Prozentpunkte, in der Inneren Stadt, der Josefstadt sowie in Währing ist sie hingegen angestiegen – in der Josefstadt gar auf über 80 Prozent. Verschärfend kommt hinzu, dass immer größere Teile der Bevölkerung – und hier wiederum speziell Arbeiter:innen – vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, weil sie über keine österreichische Staatsbürgerschaft verfügen. Nicht wahlberechtigt sind in Wien 60 Prozent der Arbeiter:innen, bei den freien Dienstnehmer:innen sind es 35 Prozent und bei den Angestellten 26 Prozent. Die steigende soziale Ungleichheit führt zu höherer politischer Ungleichheit, die wiederum eine Politik auf dem Rücken der Mehrheit und zugunsten weniger Reicher ermöglicht. Wollen wir diese Ungleichheitsspirale durchbrechen, muss zugleich der Ausschluss einer immer größer werdenden Gruppe von der Demokratie behoben werden. Demokratie muss man immer wieder neu erkämpfen!

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Im Netz der Einfluss-Reichen

Whatever money can buy: Wie die Verflechtung von Milliardär:innen und neoliberalen Thinktanks demokratische Meinungsbildung gefährdet. Repräsentiert der relativ neue Trend die gesellschaftliche Vielfalt?

Das ist der demokratische kleinste gemeinsame Nenner: Eine Pluralität von Meinungen und Weltanschauungen ist für widerstandsfähige, lebendige und funktionierende Demokratien unverzichtbar. Ein informierter, demokratischer, öffentlicher Diskurs muss sich deshalb mit einer Vielfalt unterschiedlicher Positionen auseinandersetzen. Von zentraler Relevanz dabei ist die kollektive Vertretung der Interessen aller gesellschaftlichen Schichten. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bedeutungszunahme neuer Formen von Interessenvertretungen – und hier insbesondere Thinktanks – zunächst vor allem als Reaktion auf den Bedeutungsrückgang traditioneller Formen sozialpartnerschaftlicher Interessenvertretung zu verstehen.

Neoliberale Netzwerke

Fraglich ist jedoch, ob diese neuen Formen geeignet sind, die Vielfalt unterschiedlichster Gesellschaftsschichten zu repräsentieren. In den letzten Jahren treten insbesondere neoliberale Thinktanks als Akteure im gesellschaftspolitischen Diskurs in Erscheinung, ein für Österreich relativ neuer Trend. Ein Blick auf Anzahl, Rhetorik, Netzwerke und Finanzierung neoliberaler Thinktanks zeigt, dass die österreichische Interessengruppenlandschaft von Ungleichgewichten und Intransparenzen geprägt ist, die einem frucht-

„Neoliberale Thinktanks sind international und medial gut vernetzt und beeinflussen die österreichische gesellschaftspolitische Diskussion und Politik.“

baren demokratischen Meinungsaustausch im Wege stehen. Wiewohl immer wieder betont wird, dass sie autonom und politisch unabhängig agieren, sind neoliberale und industriennahe Thinktanks wie die Agenda Austria, das Hayek Institut, das Austrian Economics Center oder Eco Austria oftmals in bestehenden Netzwerken finanzkräftiger privatwirtschaftlicher Akteur:innen und wirtschaftlicher Interessenvertretungen bes-

tens verankert. Sie sind international und medial gut vernetzt und beeinflussen die österreichische gesellschaftspolitische Diskussion und Politik in zunehmendem Maße – mit klaren Botschaften wie: weniger Bürokratie und (Sozial-)Staat, Flexibilisierung, mehr Wettbewerb und mehr Markt.

Die Thinktank-Forschung unterteilt Thinktanks je nach ihrer institutionellen Aufstellung und ihren politischen Zielsetzungen in drei Kategorien: Neben sogenannten akademischen Thinktanks, die eng mit Wissenschaft und Universitäten zusammenarbeiten, sind nicht- oder semi-staatliche Thinktanks in der die Politik beratenden Auftragsforschung tätig. „Advokatorische“ Thinktanks, also „für jemand anderen handelnde“, hingegen weisen eine klar zuordenbare ideologische Orientierung auf, wenn auch in ihrer Außendarstellung oft die „Unabhängigkeit der Expertise“ betont wird. Sie betreiben wenig eigenständige Forschung, sondern versuchen, ihre weltanschaulichen Prinzipien medial und politisch zu vermarkten. Advokatorische Thinktanks müssen natürlich nicht neoliberal sein, auch ökologische Initiativen wie Greenpeace oder das jüngst gegründete sozialliberale Momentum Institut fallen in diese Kategorie. Was die Anzahl und die mediale Präsenz betrifft, nehmen neoliberale Thinktanks jedoch sowohl international als auch in Österreich zunehmend eine zentrale Rolle ein.



THERESA HAGER

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Johannes Kepler Universität Linz

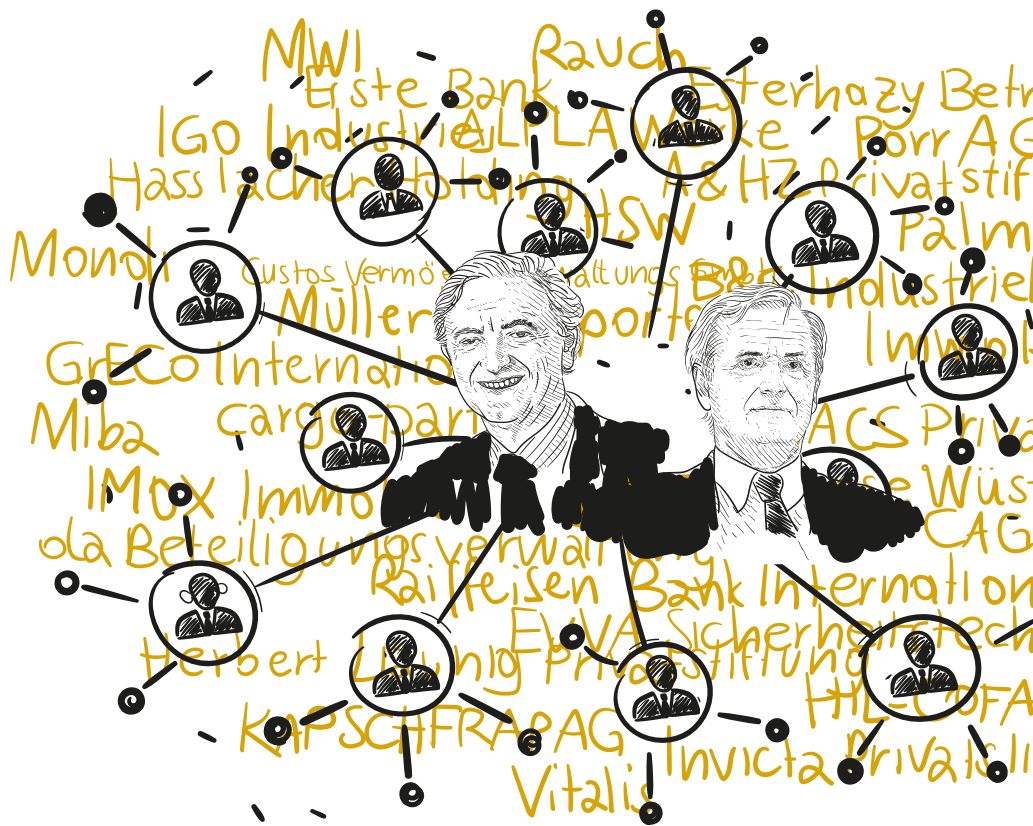
In Österreich ist vor allem die 2013 auf Initiative der Industriellenvereinigung gegründete Agenda Austria ein anschauliches Beispiel für einen (medial sehr erfolgreichen) neoliberalen advokatorischen Thinktank. Sie ist medial bestens vernetzt und darauf fokussiert, teilweise auf Basis eigener wissenschaftlicher Studien die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen, um markliberale Argumentationen an den Mann und die Frau zu bringen.

Wer zahlt?

Dabei lohnt sich vor allem ein Blick auf die Finanzierungsstruktur der Agenda Austria, die gewissermaßen das Who's who der österreichischen Wirtschaft und (Finanz-)Industrie widerspiegelt. So finden sich unter den institutionellen Fördergeber:innen der Agenda Austria zumindest zehn Unternehmen, deren ehemalige oder aktuelle Eigentümer:innen auch in der Liste der 66 reichsten Familien und Menschen des „Vermögenmagazins“ angeführt sind, wie in einer kürzlich publizierten Studie der AK Wien zu Vernetzungen von Superreichen in Österreich gezeigt wurde – darunter mit Hans Michel Piëch auch ein Mitglied der reichsten Familie Österreichs. Zudem ist der Ehrenvorsitzende des Fundraising-Komitees der Agenda Austria, Christoph Kraus, zugleich auch Generalsekretär und Gründer des Verbandes österreichischer Privatstiftungen – Unternehmensformen, deren steuerliche Privilegien immer wieder Gegenstand kritischer Kontroversen sind. Überreichtum – also die extreme Konzentration von Vermögen und Kapital in den Händen weniger Personen – ist somit die zentrale Quelle, aus der sich die Finanzierung der Aktivitäten der Agenda Austria speist.

Spielraum begrenzen

Die Verbindung zwischen neoliberalen Thinktanks und Netzwerken von extrem Reichen in Österreich ist nicht zuletzt deshalb problematisch, weil die Reichweite



von Aktivitäten – wie die jüngsten Korruptionsskandale eindrucksvoll zeigen – weit über die reine Meinungsbildung hinausgeht. Auch deshalb muss der Spielraum neoliberaler Thinktanks durch staatliche Transparenz- und Offenlegungsvorschriften begrenzt und in einer öffentlichen Debatte stärker und pointierter thematisiert werden. Denn selbst ohne Korruptionsskandale besteht ein Problem: Die überproportionale Vertretung der Interessen einiger weniger im Vergleich zu einer mehr als schlecht organisierten Vertretung der

Interessen vieler ist demokratiepolitisch alarmierend. Die Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht in den oberen Schichten der Gesellschaft und die damit einhergehenden Vorteile bei der Durchsetzung von Interessen machen eine institutionell verankerte Stärkung der Interessenvertretung derjenigen, die nicht über diese Macht verfügen, unabdingbar. Dazu zählen eine staatlich geregelte Interessenvertretung aller Schichten, die der Vielfalt gesellschaftspolitischer Positionen gerecht wird, ebenso wie das Eintreten für mehr Pluralismus in der Meinungsbildung. Viele Stimmen beleben grundsätzlich die demokratische öffentliche Debatte, es lohnt sich aber, genau hinzusehen, für wen diese Stimmen sprechen. Oder wie Matthias Schlögl und Dieter Plehwe in einer Studie zur Vernetzung der Agenda Austria festgestellt haben: „Agenda Austria [...] reklamiert, dass es keine Einflussnahme durch Auftraggeber gibt. Nun ist das in einem Thinktank wie Agenda Austria schon deshalb nicht nötig, weil die zahlungskräftige Kundschaft weiß, was sie bekommt.“ ▀



STEPHAN PÜHRINGER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Johannes Kepler Universität Linz.

Masse ist Pressemacht

Österreichs Medienförderung ist unübersichtlich, komplex und selten qualitätsorientiert – aber auch dringend notwendig, denn ohne sie gäbe es hierzulande keine derart diverse Medienlandschaft. Eine Bestandsaufnahme.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Medienförderung? Nein, danke. Der „Augustin“ wird auch im kommenden Jahr keine beantragen. Dabei ist diese „Boulevardzeitung“, wie sich das Blatt selbst nennt, genau dafür prädestiniert. Der „Augustin“ wird von wohnungslosen Menschen verkauft und setzt sich für deren Interessen ein. Damit erfüllt er eine wichtige Aufgabe, schließlich gehen die Sorgen dieser Menschen in der Demokratie oft unter. Der „Augustin“ bietet ihnen darüber hinaus eine Stelle, die ihnen hilft, ihren Alltag zu organisieren. Es gibt außerdem eine Schreibwerkstatt, und viele Jungautor:innen veröffentlichen hier ihre ersten Texte. „Radio Augustin“ (auf Radio Orange) gibt es genauso wie „Augustin TV“ (auf Okto).

Doch um eine Medienförderung zu beantragen, fehlt der Zeitung genau das, was sie durch die Förderung bekommen sollte: Geld. So wie allen Zeitungen, die von obdachlosen Menschen vertrieben werden. Denn um Medienförderung zu bekommen, müsste der „Augustin“ drei hauptberufliche Journalist:innen anstellen und nach Kollektivvertrag bezahlen. Das ist schlicht unmöglich. Die Zeitung finanziert sich größtenteils durch Spenden und Anzeigen. Wer beim „Augustin“ arbeitet, tut dies wahrscheinlich im Prækariat, weil auch die eingebrachte Leistung als eine Art Spende verstanden werden darf.

Eigentlich üppig dotiert

Andere Häuser werden da großzügiger bedacht. Im Jahr 2021 hat die öffentliche Hand Werbung im Wert von 225 Millionen Euro geschaltet. Dazu kommen 33 Millionen Euro an Medienförderung (vor allem Presse- und Publizistikförderung, Privatrundfunkfonds und nichtkommerzieller Rundfunkfonds) und eine Digitalisierungsförderung. Die beträgt 2022 zusätzliche 54 Millionen Euro. Anschließend sinkt sie auf jährlich 20 Millionen Euro bis zum Jahr 2027.

Das Geld für die Digitalisierung floss beispielsweise an oe24.tv (rund zwei Millionen Euro), an Puls 4 und Puls 24 (jeweils 1,4

Millionen Euro) sowie an Krone.tv (1,6 Millionen Euro). Damit erhielt Krone.tv etwa so viel wie Servus TV – wobei der Radiosen-der Kronehit auch noch einmal 420.000 Euro bekam. Das sei ganz grundsätzlich kein Problem, wie Daniela Kraus im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft erklärt. Sie ist Generalsekretärin des Presseclubs Concordia. Schließlich sei Österreich ein sehr kleiner Markt. Jede Art von Medium habe es hier schwer, ausreichend Einnahmen zu erzielen. „Wir schauen uns den Markt an, und wir sehen, dass es im Moment ohne öffentliche Unterstützung einfach nicht funktioniert. Die Frage ist: Was wird gesteuert, und wohin wird der Markt gesteuert?“, so Kraus in einem Medienpodcast der ARD.

Infrastruktur der Demokratie

Genau an dieser Frage scheiden sich in Österreich aber die Geister. „Journalismus ist die Infrastruktur der Demokratie. Der Staat muss einen Journalismus fördern, der der Bevölkerung faktenfundierte Informationen als Basis für ihre Entscheidungen zur Verfügung stellt“, betont Kraus die Bedeutung der Presseförderung. Nur müsse die eben wesentlich zielgerichteter sein. „Wir haben in Österreich sechs verschiedene Förderungen im Medienbereich. Das ist nicht zeitgemäß und vollkommen unübersichtlich.“

Die Unübersichtlichkeit liegt zum einen an den Förderinstrumenten: Neben den erwähnten Anzeigen fließen Gelder über eine Presseförderung, ein neues Qualitätsjournalismusförderungsgesetz (im Entwurf), die Digitaltransformationsförderung, eine Privatrundfunkförderung, eine Publizistikförderung und eine Förderung für den nichtkommerziellen Rundfunk. Zum anderen liegt es an der Eigentümerstruktur der Medien: Das Niederösterreichische Pressehaus beispielsweise gehört zu 80 Prozent der katholischen Kirche (Diözese St. Pölten). Die restlichen 20 Prozent gehören Raiffeisen. Stichwort Kirche: Regionalmedien Austria gehören zur Hälfte der Styria Media



Gefordert werde seitens des Presseclubs Concordia eine Journalismusförderung, bei der es vor allem um Journalismus gehe und nicht um eine Wirtschaftsförderung, so dessen Generalsekretärin Daniela Kraus.

Group, die zu 98 Prozent im Besitz der Privatstiftung Katholischer Medien Verein ist – nur falls sich jemand wundert, warum die katholische Kirche nicht unerhebliche Presseförderungen einstreicht.

„Ich habe den Eindruck, dass weniger eine Vision dahintersteckt, wie man denn einen gedeihlichen und professionellen Journalismus fördern will, sondern dass alles getrieben ist von Partikularinteressen. Und wer am besten lobbyiert, der bekommt am meisten öffentliche Förderung“, prangerte Kraus das System bereits in einem Medienpodcast von ARD und ZDF an.

„Journalismus ist die Infrastruktur der Demokratie. Der Staat muss einen Journalismus fördern, der der Bevölkerung faktenfundierte Informationen als Basis für ihre Entscheidungen zur Verfügung stellt.“

Daniela Kraus, Generalsekretärin
des Presseclubs Concordia

Der größere Topf ist aber ohnehin das Werbebudget der öffentlichen Hand. Theoretisch betrug das im Jahr 2021 genau 225 Millionen Euro – mit einer kleinen Unschärfe nach oben, weil Ausgaben unter 5.000 Euro nicht gemeldet werden müssen. Bei

vielen Medienhäusern machen diese Einnahmen einen zweistelligen Prozentsatz des Umsatzes aus, rechnet Kraus vor. Zwar dürfe man nicht alle über einen Kamm scheren, doch würden eben viele Medienschaffende diese Anzeigen als Austauschgeschäft sehen. „Aber selbst, wenn kein direkter Austausch stattfindet, ist das eine strukturelle Abhängigkeit, die sehr viele Gefahren birgt“, mahnte Kraus im Podcast.

Transparente Chatverläufe

Wie das in der Praxis aussieht, lässt sich aktuell wieder in Chatverläufen nachlesen. Die Dreistigkeit, mit der hier gefälliger Journalismus eingemahnt wird, und die Rückgratlosigkeit, mit der Medienmacher:innen den Wünschen nachkommen, sind dabei erschreckend – und eine andere Dimension als die Inseratenaffäre aus dem Jahr 2011. Dabei hatte bereits diese ein Transparenzgesetz zur Folge.

Kraus hat klare Vorstellungen von einer besseren Medienförderung. „Wir fordern in der Concordia seit Jahren eine konvergente Journalismusförderung, bei der es vor allem um Journalismus geht und nicht um eine Wirtschaftsförderung – ‚konvergent‘ deshalb, weil es nicht darum gehen darf, über welchen Kanal dieser Journalismus transportiert wird.“

Vor allem solle es nicht weiterhin darum gehen, den Status quo zu subventionieren. „Man muss auch Neues zulassen und innovative Projekte fördern. Dafür muss klar sein, was der eigentliche Zweck der Förderung ist.“ Würde sich Kraus mit ihrer Vision durchsetzen, hätte auch der „Augustin“ alle Chancen, eine Medienförderung zu bekommen. ▀

Anatomie eines Coups

Der Staatsstreich 1933/34

TEXT FLORIAN WENNINGER

Der Putsch von oben, den Bundeskanzler Engelbert Dollfuß 1933 initiierte, wurde später vielfach als das Ergebnis einer kurzfristigen Verkettung unglücklicher Umstände interpretiert. Erst eine Abstimmungspanne, für deren Beilegung die Geschäftsordnung des Nationalrates keine Patentlösung bereithielt, hätte der Regierung ermöglicht, sich des Parlamentes zu entledigen. Diese Deutung lief auf die Diktatur als Ergebnis eines kollektiven Politversagens hinaus und bildete einen wesentlichen Strang des in den ersten Nachkriegsjahrzehnten dominanten Narrativs von der „geteilten Schuld“ am Scheitern der Ersten Republik.

Die vorläufig geduldete Demokratie

Seit ihrer Proklamation 1918 war die Erste Republik mit einer schweren Hypothek belastet: Formal war sie das Ergebnis eines Allparteienkonsenses, doch in Wirklichkeit war die Sozialdemokratie die einzige politische Kraft, die sich der neuen Staatsform vollständig verpflichtet fühlte. Die bürgerlichen Parteien waren anfangs gespalten, besonders bäuerliche Organisationsteile drängten auf einen Sturz der Monarchie. Weil zudem Machtmittel fehlten, um der Entwicklung Einhalt zu gebieten, nahmen die Führungsgruppen der bürgerlichen Parteien, der Christlichsozialen ebenso wie der Deutschnationalen, die politische Revolution und als deren Konsequenz die parlamentarische Republik zunächst hin, um die soziale Revolution abzuwehren.

Der scharfe Parteiengegensatz der 1920er- und frühen 1930er-Jahre wurde später oft als kultureller Konflikt verstanden: hier die säkulare Sozialdemokratie, da der um seine gesellschaftliche Vormachtstellung bangende Klerus. Tatsächlich bedeutsamer waren in Wirklichkeit soziale Interessengegensätze. Nicht zuletzt infolge der strikten Austeritätspolitik infolge der sogenannten „Genfer Anleihe“ von 1922 verschärften sich Verteilungskonflikte, die bereits 1928 von unverhohlenen Diktaturorohungen der Regierung begleitet waren. Dass eine autoritäre Lösung dem Parlamentarismus vorzuziehen sei, war bereits Ende der 1920er-Jahre in weiten Teilen der bürgerlichen Eliten Konsens – vom konservativen Parteiestablishment bis zur katholischen Kirche, von der Ministerialbürokratie bis zur Industriellenvereinigung. Fraglich war nur das Wie. Da die Verfassung mit der Reform von 1929 zwar deutlich autoritärere Züge trug als zuvor, aber weit von einem scheinlegalen Übergang zu einer Diktatur entfernt war, forcierten gerade die militarisierten Ränder der Parteien (die freilich auch in den Parteispitzen gewichtige Fürsprecher hatten) eine gewaltsame Lösung. Tatsächlich unternommen wurde ein militärischer Putsch im September 1931, dieser endete aber in einem Fiasko. Jede Eskalation barg bis zu einem gewissen Grad unabsehbare Risiken. Zudem wäre jede Regierung, die durch einen Staatsstreich die Macht übernommen hätte, mit dem Odium des Rechtsbruches und einer erheblichen Zahl an Opfern behaftet gewesen. Beide Perspektiven schienen gleich mehreren Bundeskanzlern wenig verlockend. Von Ernst Streeruwitz (1929) über Johann Schober (1929–1930) und Carl Vaugoin (1930) bis zu Otto Ender (1930–1931) und schließlich Karl Buresch (1931–1932) schreckten sie alle



Mit dem Transparent „Geist siegt über Gewalt“ bezog 1933 die Arbeiterbücherei Margareten klar Stellung.

vor einem gewaltsamen Vorgehen letztlich zurück. Währenddessen verschlechterten sich die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen infolge der Weltwirtschaftskrise und des Zusammenbruchs der größten Bank des Landes, der Creditanstalt, rasant. Nach den Vorstellungen der Regierung sollte der Staatshaushalt vor allem durch Ausgabenkürzungen und eine Anhebung indirekter Steuern saniert werden. Zugleich explodierte die Arbeitslosigkeit und drängten sich vielerorts lange Schlangen vor den Suppenküchen. Als dann das Parlament am 12. Mai 1932 seine Auflösung beschlossen hatte, verengten sich die politischen Perspektiven der Regierung im Wesentlichen auf drei Szenarien: Neuwahlen hätten mit hoher Wahrscheinlichkeit zu herben Verlusten für die Christlichsozialen zugunsten der Nationalsozialisten geführt. Ohne die Nazis wäre dann keine konservative Regierung mehr zu bilden gewesen. Die Christlichsozialen waren zu einer Koalition grundsätzlich auch bereit, allerdings wurde man sich über den Preis nicht handelseins. Eine zweite Möglichkeit war eine große Koalition mit der Sozialdemokratie. Dies hätte aber innerhalb des fragilen bürgerlichen Milieus erhebliche Verwerfungen provoziert und wäre der christlichsozialen Gefolgschaft kaum vermittelbar gewesen. Die dritte Option war schließlich, Wahlen gar nicht erst stattfinden zu lassen, sprich die bestehende Regierung in eine Diktatur überzuführen.

Dollfuß – der Mann fürs Grobe

Mit Engelbert Dollfuß gelangte im Mai 1932 ein Mann ins Kanzleramt, der bereit war, diesen dritten Weg zu beschreiten. Anfang Oktober 1932 ließ die Regierung einen Testballon steigen: Sie wandte das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz an, ohne den zuständigen Unterausschuss des Nationalrates beizuziehen. Weil der sozialdemokratische Protest wesentlich gemäßigter ausfiel als erwartet, war Dollfuß zuversichtlich, künftig dringende Vorhaben ohne „endlose parlamentarische Kämpfe“ verfügen zu können. Zugleich drohte man offen mit Gewalt: Man werde jede „ernste Störung der Ruhe und Ordnung in Wien und in Österreich im Keim ersticken“. Mit einiger Wahrscheinlichkeit fehlte dem Führungszirkel um Dollfuß vorerst eine genaue Vorstellung davon, wie der Staatsstreich im Detail vor sich gehen und was dann längerfristig folgen sollte. Beides kristallisierte sich erst schrittweise im Verlauf des Jahres 1933 heraus. Entscheidend für die historische Bewertung des 4. März 1933 ist, dass der Entschluss, in der einen oder anderen Weise autoritär zu regieren, seitens des Bundeskanzlers und seiner Vertrauten zu diesem Zeitpunkt bereits seit geraumer Zeit gefasst war. Die Geschäftsordnungsdebatte in der Nationalratssitzung am 4. März 1933 bot dann lediglich einen willkommenen Anlass, Nägel mit Köpfen zu machen. ►

Demokratie braucht freie Gewerkschaften



WOLFGANG KATZIAN
ÖGB-PRÄSIDENT

Die großen Umwälzungen und Veränderungen, die wir gerade erleben, verunsichern viele Menschen und geben populistischen und autoritären Strömungen Auftrieb – auch in Österreich. Ist unsere Demokratie in Bedrängnis geraten? Was braucht es, um sie am Leben zu halten?

Demokratie lebt vom Einsatz aller. Mitgestaltung und Engagement sind zentrale Faktoren, denn eine lebendige Demokratie beruht auf Teilhabe und kritischer Auseinandersetzung. Der Schlüssel ist Mitbestimmung auf allen Ebenen – ganz besonders auch in der Arbeitswelt, in der Demokratie hautnah erlebt und erfahren wird. Es sind die Arbeitnehmer:innen, die im Unternehmen direkt von allen Entscheidungen betroffen sind. Ein starkes demokratisches Mittel für Mitbestimmung ist daher der Betriebsrat. Die Betriebsrät:innen sind das Sprachrohr der Beschäftigten im Unternehmen, sie stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Sie achten auf faire Arbeitsbedingungen, sie sind Vermittler:innen zwischen den Beschäftigten und den Arbeitgeber:innen, und sie sorgen dafür, dass die Interessen der Beschäftigten in die Kollektivvertragsverhandlungen miteinfließen.

Demokratie heißt Mitbestimmung

Eine lebendige Demokratie braucht die Beteiligung aller – und das nicht nur alle paar Jahre bei der Wahl. Es geht auch darum, aufmerksam zu sein, wenn bestimmte Gruppen der Gesellschaft als Sündenböcke für rechte Parteien herhalten müssen und für alles, was in diesem Land und in Europa falsch läuft und verunsichert, verantwortlich gemacht werden. Es ist wichtig, nicht zur Tagesordnung überzugehen, wenn die Pressefreiheit oder gar die Europäische Menschenrechtskonvention infrage gestellt wird oder wenn Einschränkungen des Demonstrations- und Versammlungsrechts gefordert werden. Das sind zentrale Errungenschaften der Demokratie und der Gewerkschaften.

Gewerkschafter:innen haben sich immer für ein freies, demokratisches Österreich eingesetzt. Demokratie braucht freie Gewerkschaften wie die Luft zum Atmen.

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag**Buch | e-book**

Klassenkampf von oben

Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks

Natascha Strobl, Michael MazohlVaria | 2022 | 268 Seiten | EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-464-9

Klassenkampf findet statt. Während der Klassenkampf von unten mit Streiks und lauten Protestformen ausgetragen wird, findet der Klassenkampf von oben leise im Verborgenen statt. Den Klassenkampf von oben führen die wirtschaftlich Mächtigen, die aufgrund ihrer Vermögen und Einflussbereiche dazu in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen zu ihren Gunsten zu ändern – gegen die Interessen und auf Kosten der Vielen.

Anhand der Themen Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Armut, Bildung, Einkommen, Gesundheit, Klima, Wohnen, Pensionen und Reichtum zeigt das Buch auf, an welchen Angriffspunkten sich die Verteilungskämpfe zwischen oben und unten entscheiden.

**Buch**

Radikale Solidarität

Warum Vielfalt immer eine soziale Frage ist

Evelyn Regner, Mario Lindner (Hrsg.)Varia | 176 Seiten | 2022 | EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-468-7

Über Gleichstellung und Vielfalt zu reden ist oft nicht einfach. Gerade in den letzten Jahren erleben wir eine Debatte, die versucht, Identitätspolitik gegen die sozialen Fragen unserer Zeit auszuspielen. Viel zu lange hätte sich die Linke mit vermeintlichen „Orchideenthemen“ beschäftigt und dabei die „echten Probleme“ vieler Menschen ignoriert. Statt mit Feminismus, LGBTIQ-Gleichstellung oder den Rechten von Migrant*innen, sollte sich fortschrittliche Politik besser ausschließlich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen – alle anderen Probleme würden sich dann schon von alleine lösen. Radikale Solidarität bietet eine Antwort auf die Mythen rund um Identitätspolitik und erklärt mit den Stimmen einer neuen politischen Generation, warum Vielfalt immer nur eine soziale Frage sein kann!



© Syda Productions – stock.adobe.com

Durchatmen,
weil das
Weihnachtsgeld
da ist!

**Jedes Jahr aufs Neue kämpfen Gewerkschaften dafür,
dass das Weihnachtsgeld auf deinem Konto landet.**

Damit du erholsame Feiertage mit deinen Liebsten verbringen
kannst. Denn gemeinsam sind wir auch in der Krise stark.

Mehr Info auf: www.oegb.at/weihnachtsgeld

OGB

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort